



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

STRATEGIEN DER POLITISCHEN ELITEN RUSSLANDS

■ ANALYSE Politische Antworten auf die Krise? Natalia Akindinova, Andrey Cherniavskiy, Nikolay Kondrashov, Andrei Yakovlev, Moskau	2	■ RATING Die politische Klasse Russlands: Rating des politischen Einflusses	24
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT Daten zur russischen Wirtschaftsentwicklung	8	■ AUS RUSSISCHEN BLOGS <i>Chruschtschowka</i> -Abriss. Zum neuen Stadtumbau-Programm der Moskauer Stadtregierung Sergey Medvedev, Berlin	28
■ ANALYSE Elitenwechsel? Hans-Henning Schröder, Bremen	10	■ NOTIZEN AUS MOSKAU Widersprüche Jens Siegert, Moskau-Paris	31
■ TABELLE ZUM TEXT Personalumsetzungen 2016 und 2017	14	■ CHRONIK 31. März – 11. Mai 2017	34
■ UMFRAGE Die politische Lage in Umfragen Putin und Medwedew Parteien und Politiker in den Umfragen des WZIOM Nawalnyjs Film über Medwedew und die Folgen Veränderungen in der Sozialstruktur der russischen Bevölkerung 1995–2017	18 18 19 21 23	■ VERANSTALTUNG Was bedeutet uns Russland? Der europäische Deutungszwist über Putins Außenpolitik	38

Politische Antworten auf die Krise?

Natalia Akindinova, Andrey Cherniavskiy, Nikolay Kondrashov, Andrei Yakovlev, Moskau

Zusammenfassung

Nach der Wirtschaftskrise 2008/09 und den politischen Protesten 2011/12 gewannen in Russland zunehmend konservativ-nationalistische Gruppen und Mitglieder des Militär- und Sicherheitsapparates an Einfluss. Langfristige wirtschaftliche Entwicklungsziele wurden von der politischen Idee einer Opposition zum Westen abgelöst. Aufgrund der Gemengelage von internationaler Isolierung infolge des Konflikts in der Ukraine, wechselseitiger Sanktionen mit dem Westen, fallender Ölpreise und der Abwertung des Rubels geriet Russlands Wirtschaft 2015/16 erneut in die Krise. Daher werden gegenwärtig Debatten zur Reform der russischen Wirtschaftspolitik geführt. Wichtiger als die Ausrichtung der Wirtschaftsprogramme ist jedoch die politische Agenda. Um die gegenwärtige wirtschaftliche Krise zu überwinden, sind vor allem zwei Schritte notwendig: Die Realitäten müssen berücksichtigt werden und die Eliten aus den Regionen, aus mittelgroßen Unternehmen und aus dem öffentlichen Sektor müssen in die Entwicklung einer »Zukunftsvision« für die nationale Entwicklung eingebunden werden.

Einführung

Nach einer Zeit starken Wirtschaftswachstums in den 2000er Jahren erlebte Russland während der Krise 2008/2009 eine tiefe Rezession. Die anschließende Erholung mündete in eine Phase der Stagnation und eine erneute Krise 2014–2016. Wir versuchen in diesem Beitrag, die Instabilität der russischen Wirtschaft durch eine fehlende Bereitschaft der führenden Elitegruppen zu erklären, die eigenen Ambitionen zu zügeln und die Interessen anderer Akteure zu berücksichtigen. Unsere Analyse basiert auf dem Konzept der *Limited Access Orders* (LAO), wie es von Douglass North, John Joseph Wallis und Barry Weingast formuliert wurde (s. den Kasten S. 3).

Die bisherige Entwicklung des politischen und wirtschaftlichen Systems im postsowjetischen Russland lässt sich in zwei Phasen unterteilen: Zunächst gab es das Modell der 1990er Jahre mit dem Versuch, eine liberale Demokratie und Marktwirtschaft zu schaffen; dieses wurde vom Modell des »Staatskapitalismus« der 2000er Jahre abgelöst. Die herrschende Koalition, die sich in dieser Phase herausbildete, bestand aus drei Gruppen: der Bürokratie des föderalen Zentrums, dem Establishment des Militär- und Sicherheitsapparates (den sogenannten *Silowiki*) und den »Oligarchen« (Großunternehmen mit starken politischen Verbindungen). In der ersten hatte der politische Einfluss der »Oligarchen« zugenommen. In den 2000er Jahren erfolgte eine »Revanche« der Zentralbürokratie und der *Silowiki*. Innerhalb des Systems entstanden neue Elitegruppen, unter anderem die Bürokratien in den Regionen, erfolgreiche mittelgroße Unternehmen und Eliten des öffentlichen Sektors, die jedoch angesichts der bestehenden Ordnung (*Limited Access Order*; siehe hierzu den Kasten Seite 3) nicht die notwendigen Ressourcen mobilisieren und akkumulieren konn-

ten, um auf die politische und wirtschaftliche Agenda einzuwirken.

Die Wirtschaftskrise von 2008/09 und die politische Krise von 2011 spielten eine zentrale Rolle bei der Transformation des Staatskapitalismus in Russland und dem Übergang zu einer ideologischen Opposition zum Westen im Rahmen des Modells einer »belagerten Festung«. Der Anstieg der Sozial- und Militärausgaben, der diese Phase prägte, lässt sich als Folge der politischen Begrenztheit des bestehenden Herrschaftsmodells erklären. Die Wirtschaftskrise von 2014–2015 ist eine Folge der Entscheidung von 2012 für das Modell der »belagerten Festung«. Dieses Modell verliert wegen der gestiegenen Haushaltsprobleme zunehmend an Tragfähigkeit.

Reaktionen auf die Krise von 2008–2009 und Versuche, das Modell des staatlich dirigierten Kapitalismus zu transformieren

Die herrschende Elite in Russland (wie auch die Mehrheit der Bevölkerung) war nicht auf die enormen Auswirkungen der Krise von 2008/09 auf Russland vorbereitet. Als die Krise da war, versuchte die Elite, die Folgen auf Kosten der Reserven der Zentralbank (kontrollierte Rubelabwertung) und zu Lasten des Haushalts (aufwendiges Krisenbewältigungsprogramm) abzumildern. Im Unterschied zu dem Ansatz im Westen, Firmen zu unterstützen, nicht jedoch deren Besitzer zu retten, versuchte Russland stärker, die Besitzer zu »retten«. Allerdings bestand die Besonderheit der russischen Reaktion darin, dass die Bevölkerung breit unterstützt wurde. Allem Anschein nach ist diese Ausrichtung dem Wunsch der Elite zuzuschreiben, die soziale und politische Stabilität aufrecht zu erhalten.

Die sozialpolitische Komponente des Krisenbewältigungsprogramms umfasste erhebliche Änderungen am russischen Rentensystem. Hierzu gehörten eine Renten-

anpassung und die Einführung von zusätzlichen Sozialleistungen, um den jeweiligen Lebensstandard der Rentner zu gewährleisten. Bis Ende 2010 war die durchschnittliche Altersrente durch diese Anpassungen und Reformen um 40 Prozent gestiegen.

Diese Maßnahmen verbesserten zwar die materielle Lage von Millionen Rentnern, brachten aber einen beträchtlichen Anstieg der Sozialausgaben im Haushalt mit sich. 2009 wurden über 50 Prozent des Reservefonds zur Deckung des Haushaltsdefizits aufgewendet, über die Jahre 2009 und 2010 waren es zusammen über 80 Prozent. Das untergrub erheblich die finanzielle Lage der herrschenden Koalition. Die war es gewohnt, auf eigenständige Fonds als Sicherheitspolster zählen zu können, welche größere Spielräume gewährleisteten.

Insgesamt zeigte die Krise von 2008/09 die Fragilität des Herrschaftsmodells der 2000er Jahre auf, die auf dessen Abhängigkeit von regelmäßigen hohen Öleinnahmen zurückzuführen ist. Diese Erkenntnis zwang die russische Regierung dazu, nach strategischen Lösungen zu suchen. Erwähnenswert ist hierzu insbesondere Dmitrij Medwedews programmatischer Artikel »Vorwärts, Russland!« (»Rossija, wperjod!«; <<http://www.kremlin.ru/events/president/news/5413>>), der am 10. September 2009 erschien. Er enthielt eine recht nüchterne Einschätzung der zentralen Probleme der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes und zielte auf stimulierende Innovationen ab. Gleichzeitig bekräftigte Medwedews Artikel Russlands Bestreben, sich in die internationale Gemeinschaft zu integrieren, sowie den Umstand, dass Russland die Effektivität des Staatsapparates erhöhen muss. Letzterer Aspekt spiegelt sich auch darin wider, dass seinerzeit das Antikorruptionsgesetz verabschiedet und eine radikale Reform des Innenministeriums unternommen wurde.

Die konservative Wende in der Innen- und Außenpolitik, ihre Gründe und die Folgen für die wirtschaftliche Entwicklung

Nach der Krise erfolgte in der Elite eine allgemeine Konsolidierung konservativer, nationalistisch ausgerichteter Gruppen, die auf eine Reihe von Umständen zurückzuführen ist: Erstens unternahm der Kreml den Versuch, angesichts sichtbar schwindender Spielräume im Haushalt finanzielle Verluste aufgrund von Korruption einzudämmen. Das hatte einen erheblichen Einflussgewinn der *Silowiki* zur Folge.

Zweitens führten die Krise von 2008/09 und die damit verbundene Ungewissheit hinsichtlich der Wirtschaftspolitik zu einem heftigen Kapitalabfluss aus Russland. Die Regierung reagierte auf die Kapitalflucht mit dem Versuch, Unternehmer stärker wegen Steuerhinterziehung und dem Einsatz von Offshore-Netzwerken zu belangen.

Drittens trugen die politischen Proteste gegen Wahlfälschungen, die 2011/12 in Moskau und anderen Großstädten erfolgten, zu einem erheblichen Teil zu einer Konsolidierung der Position der *Silowiki* bei. Die herrschende Elite in Russland nahm die Folgen des Arabischen Frühlings und insbesondere die Entwicklungen in Ägypten und Libyen als persönliche Bedrohung wahr. Gegen die aktivsten Vertreter der politischen Opposition wurden Strafverfahren angestrengt. 2012 wurde das »Gesetz über ausländische Agenten« verabschiedet, um die Tätigkeit von NGOs erheblichen Beschränkungen zu unterwerfen, und im Frühling 2013 startete die Generalstaatsanwaltschaft eine Kampagne zur Aufdeckung »ausländischer Agenten«.

Diese Verschiebungen im politischen Leben wurden von der Schaffung einer ideologischen Basis für ein »Mobilisierungsszenario« begleitet. In diesem Zusammenhang verdient der im September 2012 gegründete »Isborsker Club« Beachtung. Zu den Hauptthesen des im Januar 2013 veröffentlichten Manifests des Clubs

Zur *Limited Access Orders* siehe: "The upper-income, advanced industrial countries of the world today all have market economies with open competition, competitive multi-party democratic political systems, and a secure government monopoly over violence. Such open access orders, however, are not the only norm and equilibrium type of society. The middle and low-income developing countries today, like all countries before about 1800, can be understood as limited access orders that maintain their equilibrium in a fundamentally different way. In limited access orders, the state does not have a secure monopoly on violence, and society organizes itself to control violence among the elite factions. A common feature of limited access orders is that political elites divide up control of the economy, each getting some share of the rents. Since outbreaks of violence reduce the rents, the elite factions have incentives to be peaceable most of the time. Adequate stability of the rents and thus of the social order requires limiting access and competition-hence a social order with a fundamentally different logic than the open access order." North, Douglass C.; Wallis, John Joseph; Webb, Steven B.; Weingast, Barry R.: *Limited access orders in the developing world: a new approach to the problems of development. The World Bank. Policy Research Working Paper Series Number 4359, September 2007* <<https://ideas.repec.org/p/wbk/wbrwps/4359.html>>, 10. Mai 2017. *Abstract*.

gehören eine forcierte Entwicklung des militärisch-industriellen Komplexes (MIK), die Positionierung des öffentlichen/staatlichen Sektors als Kern der Volkswirtschaft und die Notwendigkeit, die nationale Elite zu »säubern« und zu erneuern. Die Experten des Isborsker Clubs sind der Ansicht, dass all diese Maßnahmen durch den intensiveren geopolitischen Kampf um die Kontrolle über Ressourcen sowie durch die Gefahr eines Dritten Weltkrieges diktiert werden, der von der in den USA ansässigen globalen Finanzoligarchie losgetreten werden könnte.

Diese Verschiebungen in der Innen- und Außenpolitik hatten für die Wirtschaftspolitik zahlreiche Implikationen.

Zum einen gewannen politische Überlegungen wie »Opposition gegen den zerstörerischen Einfluss des Westens« zunehmend die Oberhand gegenüber langfristigen wirtschaftlichen Entwicklungszielen. Die Rolle der Wirtschaft innerhalb des Modells einer »belagerten Festung« lief zunehmend darauf hinaus, vor allem die notwendigen Ressourcen zu liefern, damit die politische Macht in den Händen der derzeitigen Elite verbleibt.

Zum anderen hat die Logik der »Vertikale der Macht«, des überzentralisierten Systems der Regierungsführung, das in den 2000er Jahren entwickelt worden war, in der höheren Bürokratie die Illusion einer totalen Steuerbarkeit von wirtschaftlichen Prozessen erzeugt.

Blockaden im Modell der »belagerten Festung«

Das schwindende Wirtschaftswachstum vor dem Hintergrund hoher Ölpreise Ende 2012 und im Jahr 2013 wie auch angesichts der sich häufenden Haushaltsprobleme führte zu einem Absinken der Umfragewerte der Regierung. Um unter diesen Umständen die Umfragewerte aufrechtzuerhalten, waren nicht-wirtschaftliche Instrumente notwendig, mit denen die Loyalität der Bevölkerung gewährleistet und diese um den Anführer geschart werden konnte. Da man der Logik einer politischen Mobilisierung folgte, griff man zu Restriktionen für Medien und die Zivilgesellschaft. Die Folge war eine weitere Zerstörung der ohnehin schwachen traditionellen Feedback-Kanäle.

Neben den restriktiven Maßnahmen fügten sich auch imagefördernde Projekte zur Erbauung der Bevölkerung in die Logik politischer Mobilisierung. Die Olympischen Spiele 2014 in Sotschi waren hier ein zentrales Ereignis. Die politische Krise, die sich gleichzeitig in der Ukraine entwickelte, zog eine extrem negative Reaktion der russischen Führung nach sich, die befürchtete, dass sich möglicherweise ein ähnliches Szenario in Moskau wiederholen könnte. Allerdings ist es dem Kreml recht schnell gelungen, die Situation wie-

der in die Hand zu bekommen: Die ukrainische Revolution wurde mit Hilfe der Medien in den Augen der Bevölkerung erfolgreich diskreditiert, die Krim annektiert und später die Separatistenbewegung im Donbass unterstützt. So eröffnete sich die Möglichkeit, für eine längere Zeit den Schwerpunkt der Agenda von der Wirtschaft hin zur Politik zu verschieben und in einer Atmosphäre zwangsläufig negativer Reaktionen und zunehmender interner Wirtschaftsprobleme die Basis für eine patriotische Mobilisierung zu stärken.

In den Jahren 2014 und 2015 kamen zu den erwähnten Mängeln des Wirtschaftsmodells die zunehmende internationale Isolierung aufgrund des Konflikts in der Ukraine, die gegenseitigen Sanktionen des Westens und Russlands, fallende Ölpreise und die anschließende Abwertung des Rubel hinzu.

Die Einschränkungen beim Zugang zu ausländischer Finanzierung, die 2014 wirksam wurden, bedeuteten einen besonders schweren Schlag für die Interessen der Oligarchen. Auch das Topmanagement von Unternehmen und Banken mit staatlichen Besitzanteilen, die ja die Hauptkreditnehmer auf den globalen Finanzmärkten waren, war erheblich betroffen. Das Volumen der Kreditressourcen, die der Wirtschaft Anfang 2016 zur Verfügung standen, hatte sich gegenüber Mitte 2014 um 217,5 Milliarden US-Dollar verringert.

Die Talfahrt der Ölpreise von 2014 und die anschließende Volatilität haben sowohl zu Verlusten bei den Öl- und Gasfirmen geführt, als auch zu einem Rückgang der finanziellen Reserven, die sich unter Kontrolle der herrschenden Koalition befinden (siehe Grafik 3 auf S. 9). Das Exportvolumen Russlands ging 2015 um 158 Milliarden US-Dollar zurück und sank 2016 weiter.

Die Schocks von 2014 führten zu einem wirtschaftlichen Rückgang von 2,8 Prozent 2015 und von 0,2 Prozent im Folgejahr. Die Reaktion des produzierenden Sektors auf die Krise fiel wegen der vorangegangenen Stagnation diesmal milder aus als 2008/09. Gleichwohl zeigten alle großen Marktsektoren 2015 eine negative Entwicklung – mit Ausnahme der Landwirtschaft (+3%), der Lebensmittelindustrie (+2%), der Förder- und Bergbauindustrie (+0,4%) und der Chemieindustrie (+6,3%) (s. Tabelle 1 auf S. 9).

Kennzeichnend für die Krise von 2014–2016 ist der Umstand, dass für das negative Wachstum des Bruttoinlandsprodukts der Rückgang beim Endverbrauch der Haushalte entscheidend war, während 2008/09 vor allem die Außennachfrage und die Kapitalbildung gelitten hatten. In der Krise von 2015–2016 konzentrierte sich die Krisenbewältigungspolitik aufgrund der fehlenden Haushaltsreserven eher auf makroökonomische Stabilität, denn auf eine Stützung der Verbrauchernachfrage, wie dies bei der vorherigen Krise der Fall war. Das

Bestreben der herrschenden Koalition, selbst in Krisensituationen Reserven vorzuhalten und ein Ausufern der Schulden abzuwenden, befand sich zwar im Einklang mit den Grundsätzen einer verantwortungsvollen Haushaltspolitik, entsprang aber wohl eher der Logik der »belagerten Festung« und weniger dem Anspruch, Bedingungen für eine Rückkehr des Wirtschaftswachstums zu schaffen. Die Weigerung, die Bevölkerung zu unterstützen, war recht demonstrativ und wurde von der Schaffung einer neuen Sicherheitsstruktur begleitet, der Nationalgarde, die die innere Sicherheit gewährleisten soll. Nachdem sich die Krim-Euphorie erschöpft hatte und der Konflikt mit dem Westen in eine etwas ruhigere Phase eingetreten war, zeigten die herrschenden Eliten ihre Bereitschaft, neben einzelnen unabhängigen Organisationen und politischen Aktivisten auch mögliche soziale Proteste gewaltsam zu unterdrücken.

Das Schrumpfen der Haushaltsressourcen hatte nicht nur für den Lebensstandard der Bevölkerung negative Folgen, es verschärfte auch den Kampf innerhalb der Elite und wurde zur Herausforderung für die Eliten im öffentlichen Sektor. Gleichwohl fehlte der russischen Elite 2016 immer noch eine allgemeine Vision, auf welchem Wege schlummernde Potentiale geweckt werden könnten. Dieses Problem ist recht typisch für Länder mit mittlerem Einkommensniveau und hängt mit der Fragmentierung in Gruppen zusammen, die zur Elite gehören bzw. (noch) nicht gehören, wie auch mit der Unfähigkeit dieser Gruppen, eine Koalition zur Förderung der Modernisierung zu bilden. Im Falle Russlands gab es eine Trennung der aufsteigenden Eliten (regionale Eliten, erfolgreiche mittelgroße Unternehmen und Eliten des öffentlichen Sektors) aufgrund ihrer Positionen hinsichtlich der Haushaltsprobleme und einer Erhöhung der Steuerlast. Ein weiteres für Russland spezifisches Merkmal ist die beträchtliche ideologische Spaltung innerhalb der Elite, da viele Gruppen eine Nostalgie in Bezug auf die Rolle als Supermacht hegen, die die UdSSR einige Jahrzehnte lang innehatte.

Wer kann die Überwindung der Krise befördern und wenn, dann wie?

In der Phase des Modells einer »belagerten Festung« überwogen in den Entscheidungsprozessen eindeutig politische Überlegungen (meist kurzfristiger Art) gegenüber wirtschaftlichen Argumenten. So meinte beispielsweise die Erste stellvertretende Finanzministerin, Tatjana Nesterenko, in einem Interview: »Das Finanzministerium wurde nicht gefragt, wieviel die Entscheidung zur Krim kosten wird« (s. »Forbes«, 05.03.2015; <<http://www.forbes.ru/forbes-woman/karera/281919-minfin-ne-sprashivali-vo-skolko-oboidetsya-reshenie-po-krymu>>). Recht bezeichnend sind auch die Kom-

mentare führender Unternehmer zu den Ergebnissen eines vertraulichen Treffens von Wladimir Putin mit Vertretern der Großunternehmen, das am 24. Dezember 2015 im Kreml stattfand. Teilnehmer des Treffens meinten drei Monate später anonym, dass der Präsident »über Geopolitik sprach, wobei es um die Ukraine und die Türkei ging, und darum, dass die Situation politisch defizit sei«. Die Probleme der einzelnen Unternehmen seien allerdings nicht angesprochen worden, und »es sprach nur einer bei dem Treffen – der Präsident«.

Wir sind der Ansicht, dass der Fall der Ölpreise Anfang 2016 auf unter 30 Dollar pro Barrel Wladimir Putin und seine engsten Mitstreiter zu der Erkenntnis brachten, dass Änderungen in der Wirtschaftspolitik unausweichlich sind – trotz der Zurückhaltung der Elite selbst gegenüber geringfügigen Änderungen. Es war nämlich deutlich geworden, dass bei einer Fortführung der bisherigen Politik und solchen Ölpreisen im Laufe von ein bis anderthalb Jahren alle Reserven aufgebraucht sein würden. Der anschließende Anstieg der Ölpreise auf 50–60 US-Dollar verbesserte die aktuelle Haushaltslage zwar ein wenig, er beseitigte aber nicht die grundlegenden Probleme, die zu der Wirtschaftskrise geführt hatten.

Ungeachtet des Umstandes, dass das Hauptproblem der Wirtschaft in den politischen Restriktionen der in Russland gegebenen *Limited Access Order* besteht, bewegt sich die Diskussion in ihrem inhaltlichen Kern entlang der Standarddebatte zwischen den Anhängern von Milton Friedman (Reduzierung der staatlichen Einmischung in die Wirtschaft) und jenen von John Maynard Keynes (Intervention zur Stimulierung des Wirtschaftswachstums).

Das erste, liberale Lager verfolgt immer noch das allgemeine Ziel, eine offene und liberale Wirtschaft aufzubauen. Dieses Modell soll sich auf Privatunternehmen (auch ausländische Firmen) als wichtigste Triebfedern der Wirtschaft stützen. Darüber hinaus wird angenommen, dass die Unternehmen Investitionen anlocken, unter anderem von den globalen Finanzmärkten. Das wichtigste Manko ist hier allerdings, dass es in Russland bereits mehrere Versuche gegeben hat, eine solche Wirtschaft aufzubauen, die dann letztendlich nie in vollem Umfang umgesetzt wurden. Die Gründe für das Scheitern dieser Versuche sind einigermaßen klar: Mangelnde Qualität der (meist staatlichen) Institutionen und das geringe Vertrauen – sowohl bei den Unternehmen, als auch bei der Bevölkerung – in die Wirtschaftspolitik der Regierung. Man kann nur schwerlich davon ausgehen, dass ohne radikale Veränderungen in den genannten Bereichen ein weiterer Versuch zu positiven Ergebnissen führt. Es bestehen nämlich hinsichtlich der Vorschläge des liberalen Lagers Schwierigkeiten, die noch stärker

ins Gewicht fallen: Die Welt hat sich seit 2014 dramatisch verändert – die Angliederung der Krim und der militärische Konflikt in der Ostukraine haben starke Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Russland und anderen entwickelten Ländern gehabt, so dass der *Point of no return* mehr als erreicht wurde. Selbst wenn der Westen morgen schon sämtliche Sanktionen aufheben würde (was kaum vorstellbar ist), blieben die informellen Hürden beim Zugang zu europäischem Kapital und Technologien für russische Unternehmen erhalten, schlicht und einfach, weil Russland vom Westen nun als potentieller Feind wahrgenommen wird. An dieser Situation wird sich viele Jahre nichts ändern lassen.

Wie sieht die Alternative zu diesen Programmen aus? Zum Verständnis einer Antwort hierauf ist ein Rückgriff auf das Konzept der *Limited Access Orders* (LAO) notwendig (siehe den Kasten unten). Eine herrschende Koalition erfährt innerhalb einer bestehenden LAO keinen Anreiz, irgendetwas zu ändern, es sei denn, sie sieht sich starkem Druck gegenüber. Ein solcher Druck kann interner Art sein, falls die bestehenden Rentenquellen erschöpft wären, soziale Spannungen sich nicht hinreichend dämpfen ließen und die Befähigung der Staatsbediensteten nicht aufrechterhalten werden könnte. Es kann auch äußerer Druck eintreten, wenn die betreffende LAO starke internationale Konkurrenz erfährt. Russland war in den letzten Jahren mit beiden Phänomenen konfrontiert.

Ein Rückblick auf Transformationen, die andere LAO in ähnlichen Krisensituationen durchlaufen haben, ergibt, dass in diesem Kontext zwei Szenarien möglich sind. Das eine beinhaltet die Demontage der bisherigen LAO und eine veränderte Zusammensetzung der Eliten. Beispiele hierfür sind der Iran nach der Islamischen Revolution von 1979 und Ägypten nach dem Arabischen Frühling bis zum Militärputsch 2013. Das zweite Szenario ist eine friedliche Transformation des Regimes aufgrund eines Abkommens zwischen der herrschenden Koalition und anderen Elitengruppen. Beispiele sind hier Spanien nach Francos Tod, Chile am Ende der Herrschaft Pinochets und Südkorea am Ende des Regimes von General Chun Doo-hwan. In allen Fällen hat der Pakt zwischen den Eliten für eine breitere Partizipation neuer Elitengruppen am wirtschaftlichen und politischen Geschehen bei gleichzeitigen Garantien für die alten Eliten gesorgt. In den Begriffen von North und seinen Mitautoren hat dies praktisch zu einer »Zugangserweiterung« geführt, und zu einer parallelen Entwicklung von Mechanismen zur kollektiven politischen Kontrolle über Gewalt. Allerdings wechselte das Regime nicht automatisch in den Zustand einer *Open Access Order* – diese Prozesse bedeuteten lediglich, dass die LAO reift und stabiler

wird (um den Preis einer Ausdehnung der herrschenden Koalition).

Fazit

Wir sind der Ansicht, dass in Russland eher eine politische, denn eine wirtschaftliche Agenda die Hauptrolle bei der Überwindung der gegenwärtigen Krise spielen wird, auch wenn bislang nur Wirtschaftsprogramme erörtert werden. Die politische Agenda beinhaltet im Moment allerdings nicht eine Demokratisierung, da die Eliten in Russland damit das Risiko eines Abrutschens ins Chaos assoziieren, sondern in einen anzustrebenden Konsens zwischen den wichtigsten Gruppen der alten und neuen Eliten in Bezug auf eine »Zukunftsvision« und mögliche Entwicklungspfade der Nation. Diese »Zukunftsvision« kann allerdings nur im Zuge einer öffentlichen Diskussion der verschiedenen Ideen und Ansätze entwickelt werden. Es wäre hilfreich, bei dieser Erörterung Vertreter aller einflussreichen Interessengruppen einzubeziehen.

Seit Anfang 2014 haben die zunehmende internationale Isolation durch die gegenseitigen Sanktionen des Westens und Russlands in Folge der Ukrainekrise sowie die Auswirkungen der sinkenden Ölpreise und der Abwertung des Rubel die bereits bestehenden wirtschaftlichen Probleme des Modells einer »belagerten Festung« verschärft. Die schwindenden Möglichkeiten für einen Zugang zu ausländischer Finanzierung waren ein Schlag vor allem für die Geschäfte der Oligarchen. Fallende Ölpreise brachten Verluste für Vertreter der Primärindustrie und reduzierten die Finanzressourcen, die der Elite zur Verfügung stehen. Gleichzeitig wurden die Positionen der Produzenten im agrarindustriellen Komplex gestärkt, da nach der Einführung des Lebensmittelembargos durch Russland neue Quellen für Rentenströme entstanden. Das Einfrieren der Haushaltsausgaben und die Einschnitte bei den Sozialprogrammen sind mit dem Risiko behaftet, die Ungleichheit zu verstärken und den Lebensstandard der Bevölkerung zu untergraben. Gleichzeitig gewinnt die Erfahrung jener Eliten im öffentlichen Sektor an Bedeutung, die einnahmeträchtige Dienstleistungen entwickelt und in einem wettbewerbsartigen Umfeld gearbeitet haben.

Schließlich sind auch die Bedingungen für einen Übergang zu einem neuen Modell wirtschaftlicher Entwicklung zu berücksichtigen. Folgt man dem Konzept der *Limited Access Orders* von North und anderen, wird die herrschende Koalition nur dann zu einem Wandel motiviert, wenn sie sich innerem oder äußerem Druck gegenüber sieht. Russland hat in den vergangenen Jahren einen solchen Druck erfahren. Bei der Suche nach einem erfolgreichen Wirtschaftsmodell, das Russland auf den Pfad nachhaltigen Wachstums führen würde, müssen

die politischen Realitäten der zunehmenden internationalen Isolation berücksichtigt werden. Gleichzeitig sollte die Suche nicht nur auf eine Harmonisierung der Interessen der drei »alten« Elitengruppen abzielen – der

Zugang muss auf Vertreter aufstrebender regionaler Eliten, mittelgroßer Unternehmen und Eliten des öffentlichen Sektors ausweitert werden.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Dieser Beitrag ist die gekürzte Fassung eines Aufsatzes für den Sammelband »Economics of European Crisis and Emerging Markets: International Comparison and Country Studies«, herausgegeben von Peter Havlik und Ichiro Iwasaki, der voraussichtlich im Herbst 2017 bei Palgrave erscheinen wird. Die Einzelnachweise sind dort zu finden.

Über die Autoren

Andrei Yakovlev ist Direktor des Instituts für Industrie- und Marktstudien der »Higher School of Economics« (HSE), Moskau.

Natalia Akindinova ist Direktorin des Instituts »Entwicklungszentrum« der Higher School of Economics« (HSE).

Andrey Cherniavskiy ist leitender Wissenschaftler am Institut »Entwicklungszentrum« der »Higher School of Economics« (HSE).

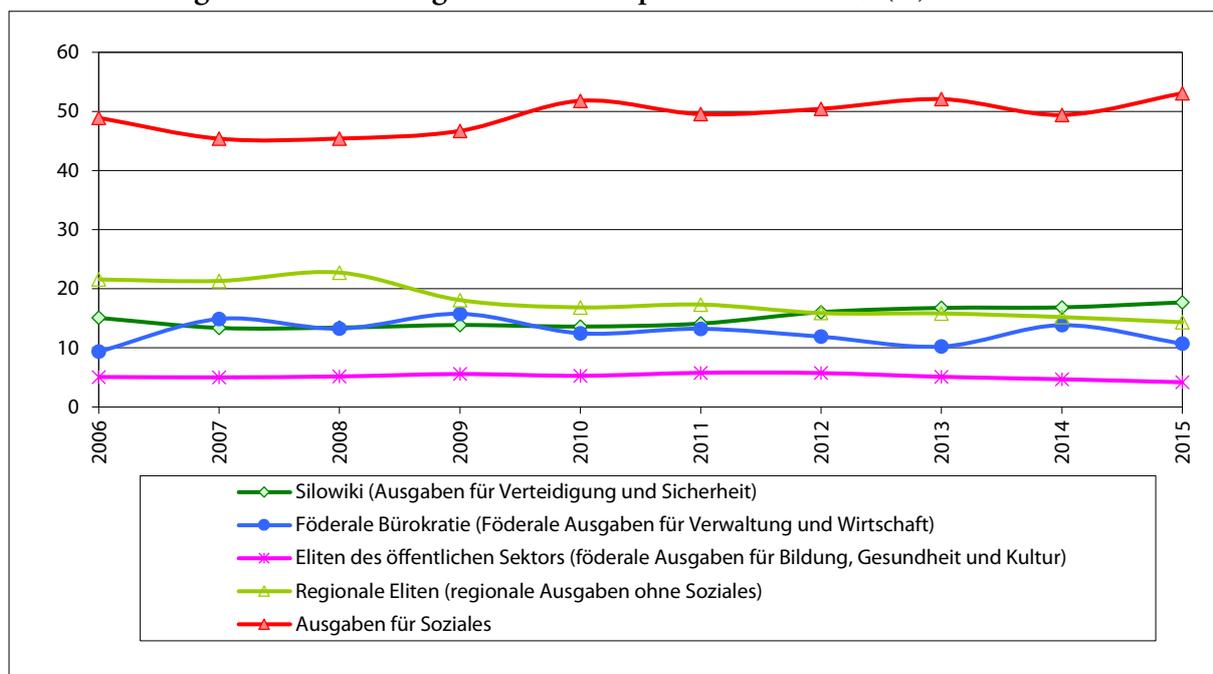
Nikolay Kondrashov ist Wissenschaftler am Institut »Entwicklungszentrum« der »Higher School of Economics« (HSE).

Lesetipps

- Connolly, R.: The Empire Strikes Back: Economic Statecraft and the Securitization of Political Economy in Russia, in: Europe-Asia Studies, 2016, Nr. 67, S. 135–167.
- Doner, R. F., B.R. Schneider: The Middle-Income Trap. More Politics than Economics, in: World Politics, 68.2016, Nr. 4, S. 608–644.
- Laruelle, M.: A nationalist kulturkampf in Russia? The Izborsky club as the anti-Valday. Mimeo, 2015.
- Malle, S.: The policy challenges of Russia's post-crisis economy, in: Post-Soviet Affairs, 2012, Nr. 28, S. 66–110.
- Malle, S.: Economic modernization and diversification in Russia. Constraints and challenges, in: Journal of Eurasian Studies, 2013, Nr. 4, S. 78–99.
- North, Douglass, John Joseph Wallis, Barry Weingast: Violence and social orders. A conceptual framework for interpreting recorded human history. Cambridge University Press: New York 2009.
- North, Douglass, John Joseph Wallis, Steven B. Webb, Barry Weingast (Hg.): In the shadow of violence. The problem of development in limited access societies. Cambridge University Press: New York 2013.
- Simachev, Yuri V., Andrei A. Yakovlev, Boris V. Kuznetsov, Michael Y. Gorst, Aleksandr V. Daniltsev, Michael N. Kuzyk, Sergey N. Smirnov: Assessment of policy measures to support Russia's real economy. BOFIT Online, 6/2009; <https://www.researchgate.net/profile/Yuri_Simachev/publication/263180546_Assessment_of_policy_measures_to_support_Russia%27s_real_economy/links/00b7d53a1a4cfecc8000000/Assessment-of-policy-measures-to-support-Russias-real-economy.pdf>.
- Yakovlev, A.: Russian modernization: Between the need for new players and the fear of losing control of rent sources, in: Journal of Eurasian Studies, 2014, Nr. 5, S. 10–20.
- Yakovlev, A.: What is Russia trying to defend? in: *Russian Journal of Economics* 2016, Nr. 2, S. 46–161.

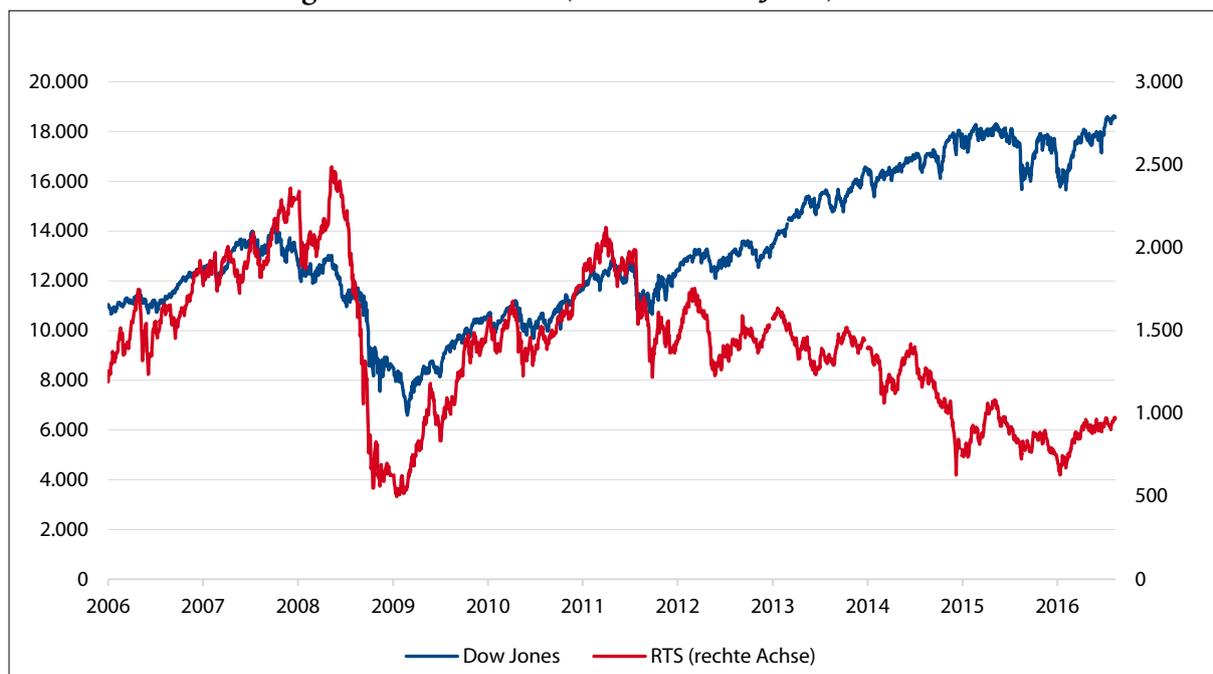
Daten zur russischen Wirtschaftsentwicklung

Grafik 1: Anteil der Haushaltsausgaben unter der Kontrolle der einzelnen Elitegruppen im Vergleich mit den Ausgaben für Sozialpolitik 2006–2015 (%)



Quelle: Russisches Finanzministerium, Berechnungen der Autoren

Grafik 2: Entwicklung der Aktien-Indizes (RTS und Dow Jones)



Quelle: Bloomberg

Grafik 3: Durchschnittliche Entwicklung des monatlichen Ölpreises (Urals) in \$ pro Barrel


Quelle: Reuters

Tabelle 1: Entwicklung des BIP und seiner Komponenten nach Ausgaben und Wertschöpfung

Indikator	Wachstum gegenüber der vorhergehenden Berichtsperiode in %			
	2009	2015	2016	2015–2016
BIP	-7,8 %	-2,8 %	-0,2 %	-3,0 %
nach Ausgaben				
Ausgaben Endverbrauch	-3,9 %	-8,1 %	-3,8 %	-11,6 %
Ausgaben Endverbrauch der Haushalte	-5,1 %	-9,8 %	-5,0 %	-14,3 %
Bruttokapitalbildung	-41,0 %	-13,0 %	3,3 %	-10,1 %
Festkapitalbildung (brutto)	-14,4 %	-9,4 %	-1,4 %	-10,7 %
Exporte	-4,7 %	3,7 %	2,3 %	6,1 %
Importe	-30,4 %	-25,5 %	-5,0 %	-29,2 %
nach Wertschöpfung				
Landwirtschaft, Jagd, Forstwesen, Fischerei	1,6 %	2,9 %	3,2 %	6,2 %
Industrie	-9,8 %	-2,2 %	1,0 %	-1,1 %
Bergbau	-2,4 %	0,4 %	0,2 %	0,6 %
Verarbeitung	-14,6 %	-4,1 %	1,4 %	-2,8 %
Strom-, Gas- und Wasserversorgung	-4,7 %	-1,2 %	2,4 %	1,2 %
Bauwesen	-14,7 %	-4,9 %	-4,3 %	-9,0 %
Groß- und Einzelhandel	-5,8 %	-8,1 %	-3,6 %	-11,4 %
Hotels und Restaurants	-14,9 %	-4,5 %	-3,5 %	-7,8 %
Transport, Lagerung und Verkehr	-8,6 %	-0,9 %	0,4 %	-0,5 %
Vermittlung von Finanzdienstleistungen	1,5 %	-6,0 %	2,3 %	-3,8 %
Immobilien-, Miet- und Unternehmensdienstleistungen	-4,5 %	-0,5 %	0,9 %	0,4 %
Öffentliche Verwaltung und Verteidigung	-0,1 %	3,0 %	0,0 %	3,0 %
Bildung	-1,4 %	0,2 %	0,1 %	0,4 %
Gesundheit	-0,2 %	0,2 %	-2,0 %	-1,8 %
Andere kommunale, soziale und persönliche Dienstleistungen; Tätigkeiten, bei denen Haushalte als Arbeitgeber auftreten	-20,0 %	0,4 %	-0,1 %	0,3 %
Indirekte Steuern (netto)	-14,0 %	-6,6 %	-0,1 %	-6,8 %

Quelle: Föderale Statistikbehörde »Rosstat«, Berechnungen der Autoren

Elitenwechsel?

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

In den Jahren 2016 und 2017 hat die Putin-Administration sich bemüht, das gesellschaftliche Management zu verbessern und die Zusammenarbeit der politischen Institutionen im Zentrum und in den Regionen neu zu ordnen. Ziel ist es offenbar, den politischen Apparat für die Präsidentenwahlen im März 2018 und die neue Amtszeit des Präsidenten stabil und leistungsfähig zu machen. Die Personalpolitik wirkt konsequent und wohldurchdacht. Das wird auch von russischen Beobachtern so wahrgenommen. Es stellt sich die Frage, ob bei diesem Revirement neben dem Ziel, effizientes politisches Management aufzubauen, noch andere Überlegungen eine Rolle spielten. Es wäre denkbar, dass die Putin-Administration auf eine grundlegende Veränderung des politischen Arrangements hinarbeitet, die das Verhältnis der konkurrierenden Elitengruppen neu ordnet und zugleich die Position des Präsidenten stärkt. Das könnte die Stabilität des Systems möglicherweise gefährden. Andererseits ließen sich nur so die Reformenanstöße erreichen, die notwendig sind, um die Wirtschaft in Gang zu bringen.

Soziale Gegensätze und autoritäre Führung

Die Grundlinien des politischen und sozialen Systems Russlands sind hinlänglich bekannt und oft genug beschrieben worden. Die Gesellschaft ist gespalten in Arm und Reich. Eine kleine Minderheit von Politikern, Beamten und Großunternehmern verfügt über die Macht- und Kapitalressourcen des Landes, eine schwache Mittelschicht hat sich einigermaßen komfortabel einrichten können, während die Mehrheit der Bevölkerung ein Leben knapp oberhalb der Armutsgrenze führt. Die sozialen Gegensätze sind groß und den meisten Russen nur allzu bewusst. Ein Präsidialsystem, das die Herrschaft in den Händen der Exekutive konzentriert, hat seit den neunziger Jahren garantiert, dass die ungleiche Verteilung von Macht und Vermögen nicht in Frage gestellt wird.

Es muss als eine der großen politischen Leistungen der Putin-Administration gewürdigt werden, dass sie es erreicht hat, die Masse der Bevölkerung von der politischen Teilhabe auszuschließen, ohne dass es zu sozialen Unruhen gekommen ist. Durch die Garantie einer sozialen Grundabsicherung, eine Kontrolle der wichtigsten Medien und patriotische Mobilisierung ist es gelungen, einen gesellschaftlichen Konsens zu erzeugen, der dem politischen System Legitimität verleiht. Der repressive Apparat steht bereit, ist bisher aber nur in Einzelfällen eingesetzt worden. Herrschaft basiert in Russland in erster Linie auf Akzeptanz, nicht auf Repression. Die Person Putin ist ein Schlüsselement dieses politischen Arrangements. Sie wird von der überwiegenden Bevölkerungsmehrheit als glaubwürdig akzeptiert. Auch die politischen und ökonomischen Eliten erkennen die Autorität des Präsidenten an und sehen ihn als vertrauenswürdigen Mediator bei interner Interessenkonflikten.

Ein Erstarren demokratischer Kräfte in der Gesellschaft, ihre Selbstorganisation, das Entstehen einer kritischen Öffentlichkeit, die sich der Kontrolle durch die Obrigkeit entzieht, stellt für das politische Arrangement, das den *status quo* garantiert, eine Gefahr dar. Die »farbigen Revolutionen« im postsowjetischen Raum, insbesondere die »orangene Revolution« in der Ukraine werden von der russischen Führungsschicht folgerichtig als Bedrohung empfunden. Die politische Krise des Winters 2011/12, als es in Moskau zu Massendemonstrationen kam, hat die Sorge vor einem Umsturz verstärkt. Daher geht die Putin-Administration seit Mai 2012 mit Härte gegen Oppositionelle und politisch relevante Nichtregierungsorganisationen vor, die sie als Bedrohung versteht. Indes verschafften der neue Nationalismus und die Aneignung der Krim dem Regime einen starken Rückhalt in der Gesellschaft. Die innenpolitische Lage ist damit vorläufig stabilisiert.

Doch die Wirtschafts- und Finanzkrise, die im wesentlichen dem Einbruch der Ölpreise im Herbst 2014 geschuldet war, wirkt sich negativ auf die Einkommen und die Versorgungssituation der Durchschnittsbevölkerung aus, sie reduzierte auch die Ressourcen, auf die die konkurrierenden Elitengruppen zugreifen konnten und führte dort zu verschärftem Wettbewerb. Allein die Person Putin garantiert in dieser Situation den Fortbestand des politischen Arrangements. Putins Amtszeit läuft allerdings im März 2018 aus. Der Präsident hat sich noch nicht erklärt, ob er abermals antritt. In jedem Fall braucht er (oder sein potentieller Nachfolger) aber einen effizienten Apparat, der der Administration in Moskau ergeben ist und vor Ort die Wähler für den richtigen Kandidaten mobilisieren kann. Die Dumawahlen im September 2016 haben gezeigt, dass der Apparat zwar die Wahlergebnisse kontrollieren kann,

dass aber die Mobilisierung besonders in den Großstädten nicht funktioniert.

Aus diesem Grund, und weil die Putin-Administration die Ziele, die in den Mai-Erlassen von 2012 formuliert worden waren, nicht erreicht hat, konzentriert sich die Putin-Administration nun darauf, das gesellschaftliche Management zu verbessern und die Zusammenarbeit der politischen Institutionen im Zentrum und in den Regionen neu zu ordnen. Ziel ist es offenbar, den politischen Apparat für die Präsidentenwahlen im März 2018 und die neue Amtszeit des Präsidenten stabil und leistungsfähig zu machen. Mittelfristig führen die personellen Umstellungen möglicherweise allerdings auch zu Verschiebungen der Kräfteverhältnisse im Führungszirkel und in der Konsequenz auch zu einer Veränderung des politischen Arrangements.

All the President's Men

Im Laufe der Jahre 2016 und 2017 traf der Präsident eine Reihe von Personalentscheidungen, sowohl in der Zentrale wie in den Regionen (vgl. Tabelle 2 auf S. 14–17). Bis zur Sommerpause 2016 ging es dabei vor allem darum, in einer Reihe von Föderationssubjekten rechtzeitig vor dem »allgemeinen Wahltag« am 16. September die Gouverneure bzw. die regionalen Oberhäupter zu bestätigen bzw. auszutauschen. So traten in Tula, in der Transbaikalregion und im Gebiet Twer die Führungspersonen zurück. An ihrer Stelle ernannte der Präsident kommissarisch Personen, die sich im September mit Amtsbonus zur Wahl stellen konnten. So traten in Tschetschenien, Uljanowsk und Tuwa die Amtsinhaber zurück, um gleich wieder vom Präsidenten mit der Wahrnehmung der Leitungsfunktionen betraut zu werden und im September dann zur Wahl anzutreten. All das ist nichts Besonderes, sondern entspricht einer lange geübten Praxis bei der Führung der Föderationssubjekte durch die Präsidialadministration.

Ein gravierender Einschnitt war hingegen die Reorganisation der Sicherheitsorgane im April 2016. Zwei Agenturen – die Föderale Drogenkontrollbehörde und der Föderale Migrationsdienst wurden in das Innenministerium (MWD) überführt. Die »Inneren Truppen«, die bisher dem MWD unterstanden, wurden nun als »Nationalgarde« direkt dem Präsidenten unterstellt. Wenig später wurde Generalstaatsanwalt Jurij Tschajka in seinem Amt bestätigt und der Direktor des Föderalen Dienstes für Bewachung (der für den Schutz des Präsidenten zuständig ist) ausgetauscht. Der ohnehin starke Einfluss des Präsidenten auf den Justiz- und Sicherheitsbereich wurde damit weiter gestärkt.

Eine gewisse Aufmerksamkeit verdient der Umstand, dass im Rahmen dieses Revirements Viktor Iwanow, ein Geheimdienstler und alter Petersburger Weggefährte

Putins, seine Position verlor. Er wurde auch nicht mit einer anderen angemessenen Funktion abgefunden. Stellt man das in den Zusammenhang der Ablösung Wladimir Jakunins als Präsident der Russischen Eisenbahnen, der ebenfalls als »alter Petersburger« galt und im August 2015 sein Amt einbüßte, ohne – wie er anstrebte – mit einem Posten im Föderationsrat belohnt zu werden, dann könnte man spekulieren, dass nun die Generation, die in den 90er Jahren mit Putin aufgestiegen ist, ausgedient hat und »aufs Altenteil« geschickt wird.

Im Sommer und Herbst 2016 drehte sich das Kaderkarussell weiter. Zwischen Ende Juli und Anfang November kam es zu weiteren Umsetzungen in den Regionen, aber auch zur Neubesetzung zentraler Positionen in der Präsidialadministration, in den Parlamenten und in der Regierung. Ein Moment bei der Personalreform war sicher die Beseitigung von »Schwachstellen«, die Absetzung von Gouverneuren, die politisch unliebsam waren wie Nikolaj Belych in Kirow, oder eines Ministers wie Liwanow, der seiner Aufgabe nicht gewachsen war. Aber in dem Revirement wurden auch andere Ideen erkennbar. Die Beratungsagentur »Mintschenko konsalting« hat drei Trends identifiziert:

1. Die Ablösung der »alten Garde«. Wichtigstes Ereignis war in diesem Kontext der Rückzug Sergej Iwanows, des langjährigen Freundes und Vertrauten Putins, vom Posten des Leiters der Präsidialadministration. Mintschenko merkt an, dass innerhalb des Apparats die Erwartung groß war, dass dieser Prozess fortgesetzt würde. Diese Erwartung wurden wenigstens teilweise erfüllt. Der Erste Stellvertretende Leiter der Präsidialadministration, Wjatscheslaw Wolodin, wechselte zum Vorsitz der Duma und nahm eine Reihe seiner Mitarbeiter mit. Sein Nachfolger, Sergej Kirijenko, brachte eigenes Personal mit, so dass es in der Präsidialadministration und im Apparat der Duma zu umfassenden Personalveränderungen kam.
2. Die Verstärkung der Korruptionsbekämpfung, die auch in Elitenkonflikten genutzt wurde. In diesem Kontext stellt Mintschenko insbesondere die Personalveränderungen in den Machtapparaten. Doch auch die Korruptionsvorwürfe gegen Wirtschaftsminister Uljukajew, der am 15. November 2016 abgesetzt und angeklagt wurde, passen in diesen Zusammenhang.
3. Deutliche Veränderungen in der Zusammensetzung der Duma. Das hatte sich bereits während der Kandidatenaufstellung in den »prajmeris« (den Vorwahlen, nach dem Englischen »primaries«) abgezeichnet, als in den einzelnen Regionen die vorhandenen Interessengruppen miteinander um die Dumamandate konkurrierten.

In der zweiten Hälfte 2016 wurde also die politische Führungsstruktur tiefgreifend umgestaltet. Die »alte« Führungsriege wurde teilweise abgelöst (Sergej Iwanow, Viktor Iwanow), die Schlüsselpositionen der Apparate wurden nun von jüngeren Funktionären übernommen, die erst nach dem Ende der Sowjetunion aufgestiegen waren und sich eher als Technokraten und Manager denn als Ideologen verstanden. Allerdings verblieben genug Angehörige einer älteren Generation von Geheimdienstlern in wichtigen Positionen. Der frühere Direktor des Inlandsgeheimdienstes, Nikolaj Patruschew, behielt seinen Posten als Sekretär des Sicherheitsrates und beförderte mit Interviews über die Hinterhältigkeit und die Allmacht Washingtons das Feindbilddenken in der russischen Öffentlichkeit. Igor Setschin, der viele Jahre lang unmittelbar mit Putin zusammengearbeitet hatte, war jetzt Vorstandsvorsitzender des staatlichen Energiekonzerns *Rosneft* und damit einer der wichtigsten Akteure in der russischen Wirtschaft. Die politische Elite des Jahres 2017, die Putin in die Präsidentenwahlen im März 2018 begleitet, wurde verjüngt und professionalisiert, sie stand aber in der Kontinuität des Putinschen Apparats.

Nachdem dieser Wechsel vollzogen war und die Führungsspitze sich gefestigt hatte, gab es ab Februar 2017 eine Fortsetzung des Personalrevirements in den Regionen und in den Sicherheitsapparaten. Diese setzten im Grunde die »Säuberung« der Gouverneursebene und die Neuordnung der Sicherheitsstrukturen fort, die bereits in der ersten Hälfte 2016 zu beobachten war. Offenbar ging es darum, die relevanten Apparate für die Durchführung der Präsidentenwahlen und die effiziente Führung in der nächsten Amtszeit aufzustellen.

Entscheidungsfindung – Entscheidungsprozesse

Die Personalpolitik des letzten Jahres wirkt konsequent und wohlgedacht. Das wird auch von russischen Beobachtern so wahrgenommen. Es stellt sich die Frage, ob bei diesem Revirement neben dem Ziel, effizientes politisches Management aufzubauen, noch andere Überlegungen eine Rolle spielten.

Der Politikberater Gleb Pawlowskij, der lange Jahre für Jelzin und Putin gearbeitet hat, beschreibt die Entscheidungsfindung der Putin-Administration in den Jahren nach 2012 folgendermaßen:

»Putin hat oberhalb des Regimes eine unerreichbare Etage errichtet, die er allein bewohnt. Einst *primus inter pares*, ist er über seine Umgebung hinaus aufgestiegen. Und obgleich er wie früher mit ihnen Kontakt hält, will er nicht die Verantwortung für die Entscheidungen tragen. Der Präsident spielt die Rolle der Person, »die über die Hauptentscheidungen auf dem Lau-

fenden ist«. Daher tragen alle Entscheidungen der Kremlmannschaft bedingten Charakter. [...] Der Präsident ist »auf dem Laufenden«, verhält sich aber so, dass er immer sagen kann: Das habe ich nicht gewusst und so etwas habe ich nicht versprochen.«

Entscheidungen wurden innerhalb des Apparats und oft genug im Wettbewerb gefällt. Dem Präsidenten blieb das letzte Wort, doch oft genug ließ er sich von seiner Umgebung treiben. Im Apparat vermisste man einen klaren Kurs. Der »Stil der indirekten Deutung« verunsicherte das System, so Pawlowskij. Der Mord an Boris Nemzow am 27. Februar 2015 führte zu einer Krise im Führungsteam, weil Putin klar wurde, dass er nicht Herr im eigenen Hinterhof war. Folgt man Pawlowskij, so ist das Personalrevirement 2016 möglicherweise eine Reaktion auf diese Situation. Auch Nikolaj Petrow geht davon aus, dass viele Personalentscheidungen Ergebnis eines bürokratischen *Infights* sind, das letzte Wort aber beim Präsidenten liegt. Petrow weist auch darauf hin, dass die Liste der Posten, die durch eine Entscheidung des Präsidenten besetzt werden, deutlich länger geworden ist. Er erinnert aber auch daran, dass jede Personalentscheidung im Führungsbereich immer eine ganze Reihe von Versetzungen in den nachgeordneten Verwaltungen nach sich zieht, weil jeder »Natschalnik«, jeder »Chef«, sein eigenes Team, seine Seilschaften mitbringt. Insgesamt sieht Petrow die umfassenden Personalveränderungen der Jahre 2016 und 2017 als Vorbereitung für eine strategische Wende:

»Die Schwächung der Institutionen, der formellen wie der informellen, wie auch die Schwächung der der Personen, die Schlüsselstellungen einnehmen, indem sie durch direkte Unterebene des Präsidenten ersetzt werden – das ist weniger der Aufbau eines neuen Systems, als vielmehr eine Flurbereinigung für ein ausgreifendes Manöver, das nicht der Auffassung der Mehrheit der Eliten entspricht, die stets für den *status quo* eintreten.«

Das würde bedeuten, dass die Putin-Administration auf eine grundlegende Veränderung des politischen Arrangements hinarbeitet, die das Verhältnis der konkurrierenden Elitengruppen neu ordnet und zugleich die Position des Präsidenten stärkt. Das würde die Stabilität des Systems wenigstens zwischenzeitlich gefährden. Andererseits ließen sich nur so die Reformen anstoßen, die notwendig sind, um die Wirtschaft in Gang zu bringen, Konsum und Lebensstandard zu verbessern und die Akzeptanz des Regimes durch die Bevölkerung zu gewährleisten.

Mintschenko hat in seinem Papier auf die Faktoren hingewiesen, die zu einer Verschärfung der Kon-

kurrenz der Elitengruppen führen müssen, die wiederum nur durch eine Stärkung der Rolle des Präsidenten und die Neuordnung der Einflussgruppen eingeehrt werden kann:

- Die Verknappung der zur Verteilung anstehenden Ressourcen (Sinken des Ölpreises);
- Die schwierige außenpolitische Lage, Russlands Isolierung in der G7 sowie die Belastungen durch das militärische Engagement in der Ukraine und in Syrien;
- Die Präsidentenwahlen im März 2018, denen notwendigerweise eine »Umverteilung der Beute« folgen wird, also der Positionen in der Regierung und der großen Unternehmen;
- Der Wunsch Putins, nicht »Geisel« seiner Umgebung zu sein, sondern sein Wahlkampfteam und die Machtkonfiguration nach der Wahl selbst zu bestimmen.

In der Tat erfordern die Wirtschaftslage und die prekäre soziale Situation im Lande Veränderungen, die z. T. nur gegen einen Teil der Eliten durchgesetzt werden können. Eine Ablösung der »alten« Elite hat 2016 begonnen. Diese Umschichtung der »Macht« ist zweifelsohne ein riskantes Spiel. Derzeit ist noch unklar, ob der Elitenwechsel weitergehen wird – und es ist auch unklar, ob er zu einer politischen Wende führen wird. Petrow spricht davon, dass Russland wieder an einer Wegscheide steht: Er hält sowohl eine autoritäre Modernisierung wie auch ein Repressionsregime für möglich.

Nawalnyj und Medwedew: Meinungsmacht vor den Präsidentenwahlen

Gewiss gefährdet die Umschichtung innerhalb der Eliten den Konsens des Führungszirkels, doch ginge für die Stabilität des politischen Systems von der Auflösung der Bindung zwischen Eliten und Bevölkerungsmehrheit eine noch größere Bedrohung aus. Bis 2017 ist es – trotz der sozialen Ungleichheit und des verbreiteten Misstrauens gegenüber »Oligarchen« und »Tschinowniki« (in etwa: Bürokraten) – gelungen, die positive Haltung der Gesellschaft gegenüber der Putin-Administration zu erhalten. Die patriotische Welle nach der Einverleibung der Krim hat dazu beigetragen, die aggressive Propagierung eines Feindbilds (die »faschistische Ukraine«, das »Politbüro in Washington«, das die Verschwörung steuert, die Unterwanderung durch »den Westen«) tun das ihre dazu. Allerdings hat sich die materielle Lage der Bevölkerung in den Jahren 2015 und 2016 nicht verbessert. Proteste einzelner Gruppen wie der südrussischer Bauern oder der Fernfahrer signalisieren, dass der Unmut steigt.

Effizientes Management heißt daher auch, die Bevölkerung bei der Stange zu halten. Grundlage muss eine

Gesundung der Wirtschaftslage und die Besserung der sozialen Situation sein. Hier zeichnet sich 2017 ein Umschwung ab – die ökonomischen Kennziffern bessern sich. Dennoch besteht in der Gesellschaft ein latentes Misstrauen gegenüber »der Macht« fort. Das hat sich ganz deutlich im Fall Medwedew gezeigt. Die »Stiftung zum Kampf gegen die Korruption« (FBK), in der der Blogger und Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj eine große Rolle spielt, hatte am 2. März ein 49 Minuten langes Video über den Ministerpräsidenten Dmitrij Medwedew ins Netz gestellt, das seinen privilegierten Lebensstil – seine »Paläste, Jachten und Weinberge« – thematisiert und unterstellt, dass Medwedew dies nicht auf ehrlichem Wege erworben haben kann. Das Fernsehen und die regierungsnahen Presse gingen zunächst nicht darauf ein. Doch das Video verbreitete sich »viral«. Es wurde auf mehreren Webseiten »gespiegelt« und immer wieder angeklickt. Allein auf YouTube verzeichnete man bis zum 10. Mai 2017 zwanzig Millionen Aufrufe. Die Administration war offensichtlich von der Reichweite des Videos überrascht. Anscheinend hatte sie angenommen, dass sie über Fernsehen und regierungsnahen Presse und durch die offensive Besetzung des Internet, die sie seit 2012 betrieben hatte, in der Lage sei, die öffentliche Meinung zu kontrollieren. Im März und April 2017 erwies es sich, dass ein Film, der verbreitete Auffassungen (»wir werden von Dieben und Gaunern regiert«) aufnimmt, den Schutzschild der Regierungspropaganda leicht durchschlagen kann, auch wenn er nur im Netz in Umlauf gebracht wird. Als die virtuelle Kritik am 26. März dann ganz konkret zu Demonstrationen in vielen russischen Städten führte, wurde der Führung klar, dass sie ein Problem hatte: Die Kontrolle über die traditionellen Medien reicht nicht aus, um das Wählerverhalten zu lenken und Protestaktionen zu unterbinden.

Die Putin-Administration muss nun zum einen überlegen, wie sie die Bevölkerung besser erreichen kann, sie muss aber auch in ihrer Personalpolitik reagieren. Es wäre eine Überlegung wert, ob sie an Dmitrij Medwedew festhalten sollte oder ob sie einen anderen Kandidaten für das Amt des Ministerpräsidenten ins Auge fassen soll.

Allerdings hat die Medwedew-Affäre noch eine andere Dimension. Wenn man fragt, woher Nawalnyjs Stiftung die umfassenden Informationen bezogen hat, so könnte dieses »leak« auch Folge einer verschärften Elitenkonkurrenz sein. In mehreren Fällen – z. B. beim Sturz des Moskauer Bürgermeisters Jurij Lushkow und bei der Absetzung des Eisenbahnpräsidenten Wladimir Jakunin – war im Vorfeld der dann erfolgten Ablösung ähnliches Material in die Öffentlichkeit gelangt. Ja, Putin selbst war davon betroffen, als der Politikberater Stanislaw Belkowskij Ende 2007 im Vorfeld des Wech-

sels von Putin zu Medwedew, in einer Phase verschärfter Elitenkonkurrenz, verbreitete, Putin habe ein Vermögen von 40 Mio. US-Dollar angehäuft. Wenn Nawalnyjs Angriff auf Medwedew in Wirklichkeit von Interessengruppen nahe dem Machtzentrum instrumentiert worden ist, mit dem Ziel, Medwedew aus dem Rennen

zu werfen, dann hat der Elitenkonflikt schon begonnen. Allerdings würden die Hintermänner dieser Intrige mit dem Feuer spielen. Denn sie untergraben die mühsam aufrechterhaltene Glaubwürdigkeit des Regimes – und sägen damit an dem Ast, auf dem sie selber sitzen.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er war bis April 2017 der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

TABELLE ZUM TEXT

Personalumsetzungen 2016 und 2017

Tabelle 2: Personalumsetzungen 2016 und 2017

Funktion	Termin	Ernannt	Bemerkung	Abgelöst	Bemerkung
Gouverneur, Oblast Tula	02.02.2016	Djumin, Aleksej	kommissarisch	Grusdew, Wladimir	Rücktritt auf eigenen Wunsch
Oberhaupt, Region Transbaikalien	17.02.2016	Shdanowa, Natalja		Ilkowskij, Konstantin	Rücktritt auf eigenen Wunsch
Vorsitzender der Wneschekonombank	26.02.2016	Gorkow, Sergej		Dmitriew, Wladimir	
Oberhaupt, Republik Nordossetien–Alanien	29.02.2016	Bitarow, Wjatscheslaw	kommissarisch	Agusarow, Tamerlan	Verstorben
Gouverneur, Oblast Twer	02.03.2016	Rudenja, Igor		Scheweljow, Andrej	vorzeitiger Rücktritt auf eigenen Wunsch
Mitglieder der Zentralen Wahlkommission	03.03.2016	Kinjaw Aleksandr; Lichatschjow, Wasilij; Pamfilowa, Ella; Schewtschenko, Ewgenij; Ebschow, Boris	Neuernennung mit Auslaufen der Amtszeit		
Oberhaupt, Tschetschenische Republik	25.03.2016	Kadyrow, Ramsan	kommissarisch	Kadyrow, Ramsan	Auslaufen der Amtszeit
Leiter der Föderalen Archivagentur	04.04.2016	Artisow, Andrej	Neugründung der Archivagentur		
Direktor und oberster Befehlshaber der Nationalgarde der RF	05.04.2016	Solotow, Wiktor	Neugründung der Nationalgarde		
Gouverneur, Oblast Uljanowsk	07.04.2016	Morosow, Sergej	kommissarisch	Morosow, Sergej	Auslaufen der Amtszeit
2 Stellen im Innenministerium	13.04.2016		Reorganisation der Sicherheitsstrukturen, Integration der Drogenkontrollagentur in das Innenministerium		

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Personalumsetzungen 2016 und 2017 (Fortsetzung)

Funktion	Termin	Ernannt	Bemerkung	Abgelöst	Bemerkung
Generalstaatsanwalt der RF	23.05.2016	Tschajka, Jurij	im Amt bestätigt		
Oberhaupt, Republik Tuwa	23.05.2016	Kara-ool, Scholban		Kara-ool, Scholban	vorzeitiger Rücktritt auf eigenen Wunsch
Direktor des Föderalen Dienstes für Bewachung	26.05.2016	Kotschnew, Dmitrij		Surabow, Michail	Rücktritt auf eigenen Wunsch
Botschafter der RF in der Ukraine	28.07.2016	Toporow, Sergej	zuvor als Berater in der Botschaft; vorgeschlagen war: Babitsch, Michail, Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Wolga – abgelehnt von der ukrainischen Regierung	Surabow, Michail	entlassen
Gouverneur, Oblast Jaroslawl	28.07.2016	Mironow, Dmitrij	zuvor Stellvertreter der Innenminister	Jastrebow, Sergej	entlassen
Gouverneur, Oblast Kirow	28.07.2016	Wasilew, Igor	zuvor Leiter von Rosreestr	Belych, Nikita	entlassen, wegen Korruptionsverdacht in Untersuchungshaft
Gouverneur, Stadt Sewastopol	28.07.2016	Owsjannikow, Dmitrij	zuvor Stellvertreter der Minister für Handel und Industrie	Menjajlo, Sergej	wird Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Sibirien
Gouverneur, Oblast Kaliningrad	28.07.2016	Senitschew, Ewgenij	kommissarisch, zuvor Leiter des FSB im Oblast Kaliningrad	Zukanow, Nikolaj	wird Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Nordwest
Leiter des Föderalen Zolldienstes FTS	28.07.2016	Bulawinow, Wladimir	zuvor Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Nordwest	Beljaninow, Andrej	auf eigenen Wunsch (laufende Korruptionsuntersuchung)
Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Krim	28.07.2016		Föderalbezirk Krim wird aufgelöst und in den Föderalbezirk Südrussland überführt (Leiter nach wie vor: Wladimir Ustinov)	Belawenzew, Oleg	wird Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Krim
Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Nordkaukasus	28.07.2016	Belawenzew, Oleg	zuvor Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Krim	Melikow, Sergej	Ernannt zum Ersten Stellvertretenden Leiter der Nationalgarde
Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Nordwest	28.07.2016	Zukanow, Nikolaj	zuvor Gouverneur, Oblast Kaliningrad	Bulawinow, Wladimir	wird Leiter des Föderalen Zolldienstes FTS
Präsidi­albeauftragter für den Föderalbezirk Sibirien	28.07.2016	Menjajlo, Sergej	zuvor Gouverneur, Stadt Sewastopol	Rogoshkin, Nikolaj	entlassen
Leiter der Präsidi­alverwaltung der RF	12.08.2016	Wajno, Anton	zuvor Protokollchef des Präsidenten der RF	Iwanow, Sergej	wird Sonderbeauftragter des Präsidenten der RF für Naturschutz, Ökologie und Transport

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Personalumsetzungen 2016 und 2017 (Fortsetzung)

Funktion	Termin	Ernannt	Bemerkung	Abgelöst	Bemerkung
Stellvertretender Leiter der Präsidentsverwaltung der RF	12.08.2016	Ostrowenko, Wladimir			
Minister für Bildung und Wissenschaft der RF	19.08.2016	Wasilewa, Olga		Liwanow, Dmitrij	wird Sonderbeauftragter des Präsidenten der RF für Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit der Ukraine
Besetzung von acht hohen Positionen in Innenministerium und Strafermittlungskomitee	25.08.2016				
Protokollchef des Präsidenten der RF	08.09.2016	Kitaew, Wladislaw		Wajno, Anton	wird Leiter der Präsidentsverwaltung der RF
Beauftragte des Präsidenten der RF für Kinderrechte	09.09.2016	Kusnezowa, Anna		Astachow, Pawel	
Stellvertretender Leiter der Präsidentsverwaltung der RF für Innenpolitik	19.09.2016			Chabirow, Radij	
Leiter der Hauptverwaltung des Innenministeriums der RF in Moskau	23.09.2016	Baranow, Oleg			
Leiter der operativen Verwaltung des Innenministeriums der RF	23.09.2016	Jakunin, Anatolij			
Vorsitzender der Staatsduma	05.10.2016	Wolodin, Wjatscheslaw		Naryschkin, Sergej	
Direktor des Dienstes für Außenaufklärung	05.10.2016	Naryschkin, Sergej		Fradkow, Michail	wird Direktor des Russischen Instituts für Strategische Studien (2.11.2016) und Verwaltungsratsvorsitzender des Rüstungskonzerns Almas-Anteil
Erster stellvertretender Leiter der Präsidentsadministration	05.10.2016	Kirienko, Sergej	zuvor Generaldirektor Rosatom	Wolodin, Wjatscheslaw	wird Vorsitzender der Staatsdum
Generaldirektor der Föderalen Agentur für Atomenergie (Rosatom)	05.10.2016	Lichatschjow, Aleksej		Kirienko, Sergej	wird Erster stellvertretender Leiter der Präsidentsadministration
Gouverneur, Oblast Kaliningrad	06.10.2016	Alichanow, Anton	kommissarisch	Senitschew, Ewgenij	Rücktritt auf eigenen Wunsch
Minister für Sport	19.10.2016	Kolobkow, Pawel		Mutko, Witalij	wird Stellvertretender Ministerpräsident
Stellvertretender Ministerpräsident	19.10.2016	Mutko, Witalij			

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Personalumsetzungen 2016 und 2017 (Fortsetzung)

Funktion	Termin	Ernannt	Bemerkung	Abgelöst	Bemerkung
Leiter der Präsidentschaftsverwaltung der RF für Innenpolitik	22.10.2016	Jarin, Andrej			
Minister für wirtschaftliche Entwicklung	30.11.2016	Oreschkin, Maksim		Uljukaew, Aleksej	abgesetzt am 15.11.2017, angeklagt wegen Korruption
Oberhaupt, Republik Adygeja	12.01.2017	Kumpilow, Murat	kommissarisch	Tchakuschinow, Aslan	Ablauf der Amtszeit
Direktor des Föderalen Dienstes für militärtechnische Zusammenarbeit	31.01.2017	Schugaew, Dmitrij			
Stellvertretender Verteidigungsminister	31.01.2017	Fomin, Aleksandr			
Leiter der Präsidentschaftsverwaltung der RF für gesellschaftliche Projekte	31.01.2017	Nowikow, Sergej			
Gouverneur, Region Perm	06.02.2017	Reschetnikow, Maksim	kommissarisch	Basargin, Wiktor	Rücktritt auf eigenen Wunsch
Oberhaupt, Republik Burjatien	07.02.2017	Zydenow, Aleksej	kommissarisch	Nagowizyn, Wjatscheslaw	Rücktritt auf eigenen Wunsch
Gouverneur, Oblast Nowgorod	13.02.2017	Nikitin, Andrej	kommissarisch	Mitin, Sergej	Rücktritt auf eigenen Wunsch
Oberhaupt, Republik Karelien	15.02.2017	Parfentschikow, Artur	kommissarisch	Chudilajnen, Aleksandr	Rücktritt auf eigenen Wunsch
Gouverneur, Oblast Tomsk	21.02.2017	Shwatschkin, Sergej	kommissarisch	Shwatschkin, Sergej	vorzeitiger Rücktritt auf eigenen Wunsch
13 Ablösungen, 9 Ernennungen im Bereich des Justiz- und Sicherheitsapparats					
Direktor des Föderalen Dienstes der Gerichtsvollzieher, Oberster Gerichtsvollzieher	20.03.2017	Aristow, Dmitrij			
Oberhaupt, Udmurtische Republik	04.04.2017			Solowew, Aleksandr	Ablösung wegen Vertrauensverlustes
Oberhaupt, Republik Mari El	06.04.2017	Ewstifeew, Aleksandr	kommissarisch	Markelow, Leonid	Rücktritt auf eigenen Wunsch, Festnahme wegen Verdacht auf Bestechlichkeit (13.4.2017)
Oberhaupt, Republik Mordwinien	12.04.2017	Wolkow, Wladimir	kommissarisch	Wolkow, Wladimir	vorzeitiger Rücktritt auf eigenen Wunsch
Gouverneur, Oblast Swerdlowsk	17.04.2017	Kujwaschew, Ewgenij	kommissarisch	Kujwaschew, Ewgenij	vorzeitiger Rücktritt auf eigenen Wunsch

Quelle: Angaben über Ernennung und Ablösungen auf der Präsidentenseite; ergänzt durch: <<http://www.kommersant.ru/Doc/3049290>>, 27. August 2016; <<http://www.ostexperte.de/grosse-posten-rotation-in-russland/>>, 27. August 2016; <<https://slon.ru/posts/71407>>, 27. August 2016; <<http://tass.ru/ekonomika/3492867>>, 27. August 2016

UMFRAGE

Die politische Lage in Umfragen

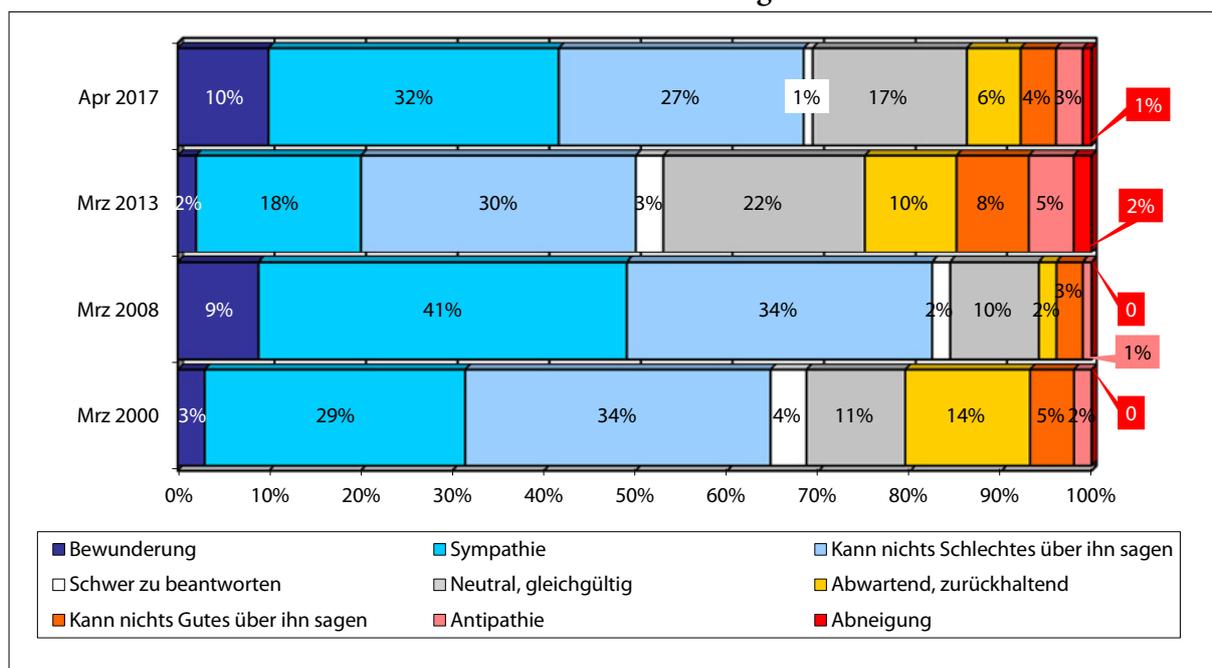
Tabelle 3: Wenn am nächsten Sonntag Präsidentschaftswahlen wären, würden Sie teilnehmen, und wenn ja, für welchen aktiven Politiker würden Sie stimmen?

	April 2013	April 2014	April 2015	Januar 2016	April 2017
Putin	29 %	49 %	62 %	53 %	48 %
Shirinowskij	3 %	4 %	4 %	3 %	3 %
Sjuganow	6 %	4 %	6 %	4 %	3 %
Schojgu	1 %	1 %	<1 %	2 %	1 %
Nawalnyj	<1 %	<1 %	1 %	1 %	1 %
Medwedew	2 %	<1 %	<1 %	<1 %	1 %
Mironow	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Prochorow	2 %	1 %	1 %	<1 %	<1 %
Andere	2 %	1 %	1 %	1 %	1 %
Weiß nicht, für wen ich stimmen würde	22 %	21 %	9 %	17 %	19 %
Würde nicht wählen	18 %	10 %	8 %	11 %	13 %
Weiß nicht, ob ich wählen würde	14 %	8 %	8 %	9 %	10 %

Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/05/02/elektoralnyj-rejting-vozmozhnyh-kandidatov-v-prezidenty/>>, 3. Mai 2017

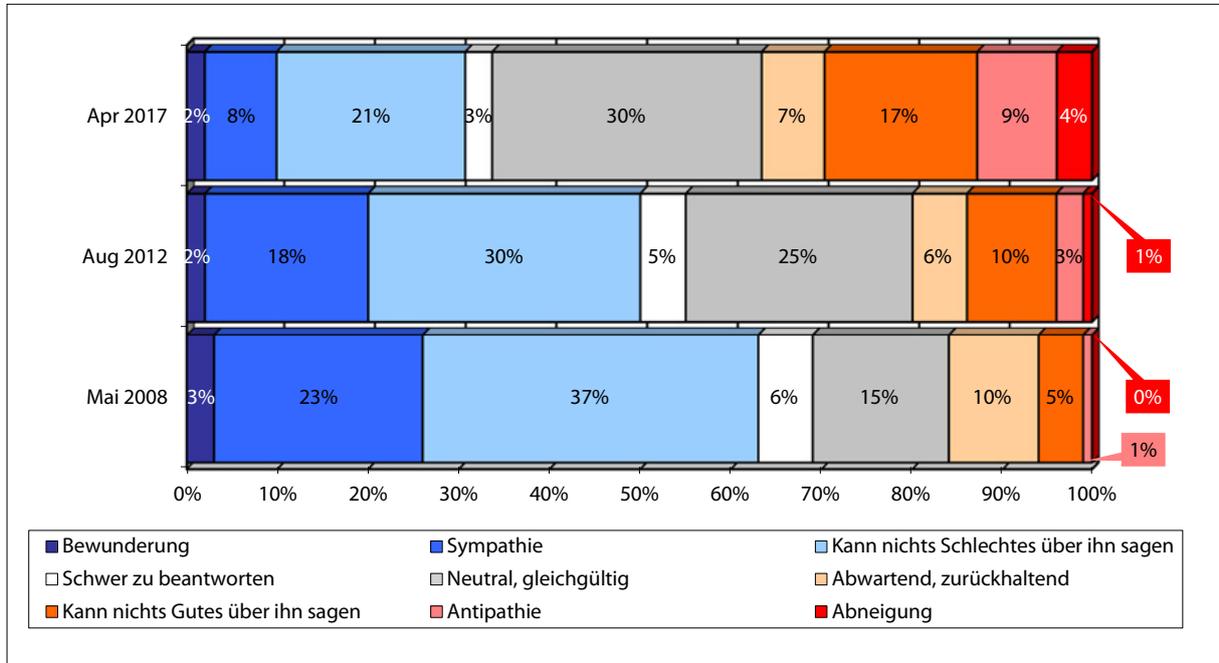
Putin und Medwedew

Grafik 4: Mit welchen Worten würden Sie Ihre Einstellung zu Wladimir Putin beschreiben?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/24/15835/>>, 25. April 2017

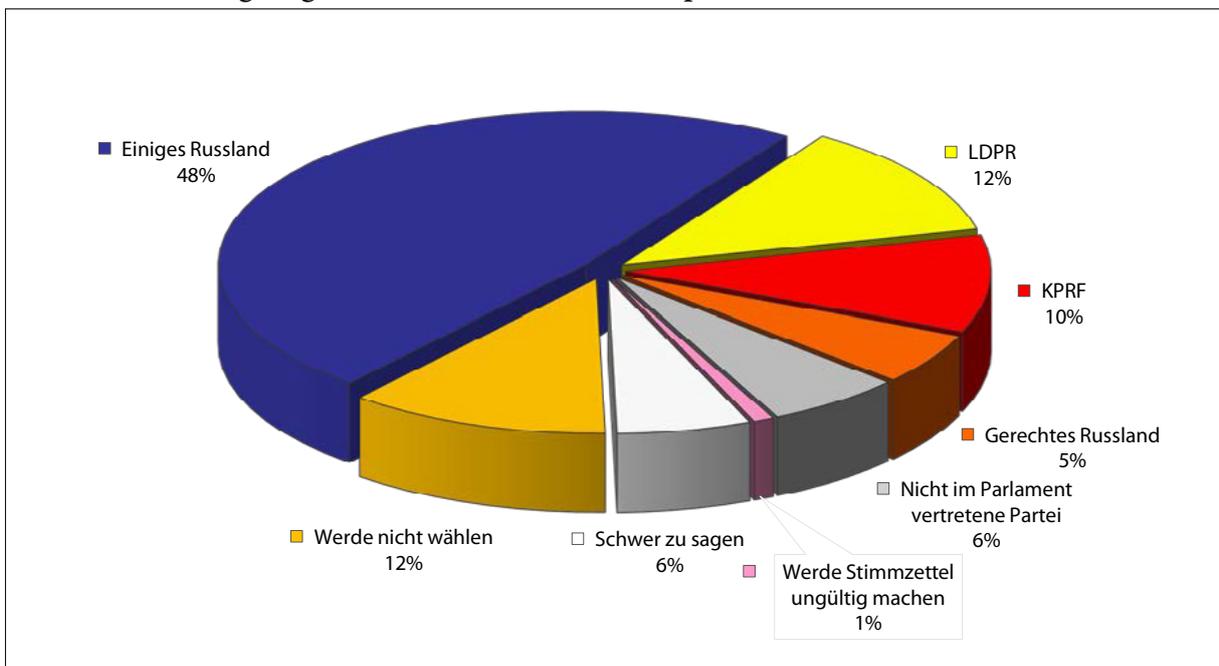
Grafik 5: Mit welchen Worten würden Sie Ihre Einstellung zu Dmitrij Medwedew beschreiben?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/26/dmitrij-medvedev/>>, 26. April 2017

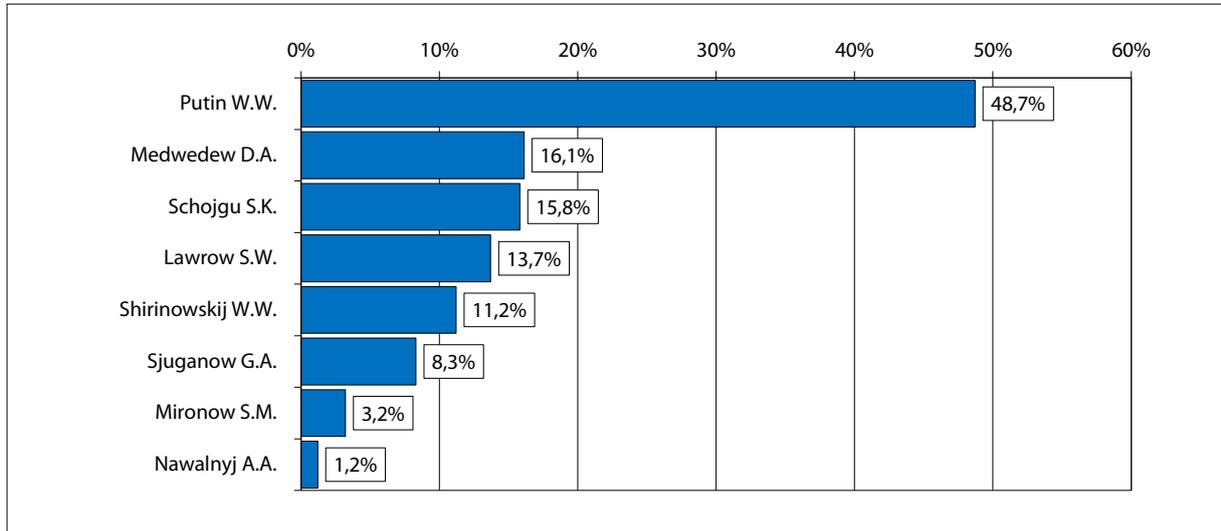
Parteien und Politiker in den Umfragen des WZIOM

Grafik 6: Sonntagsfrage Duma-Wahl vom 24.–30. April 2017



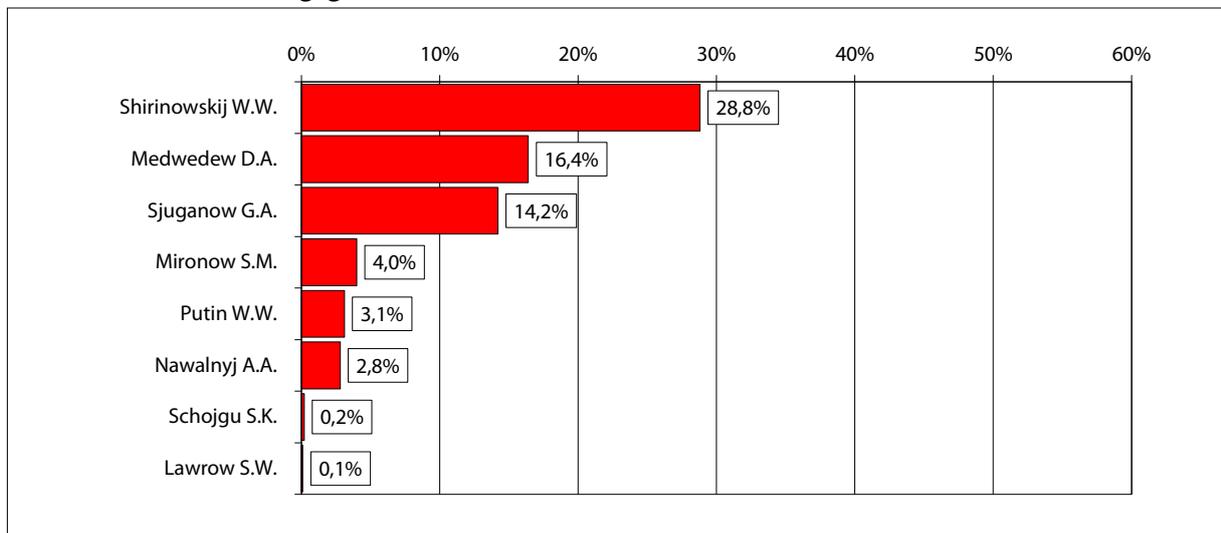
Quelle: Umfragen des WZIOM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116191>>, 4. Mai 2017

Grafik 7: Vertrauen zu Politikern



Quelle: Umfragen des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116191>>, 4. Mai 2017

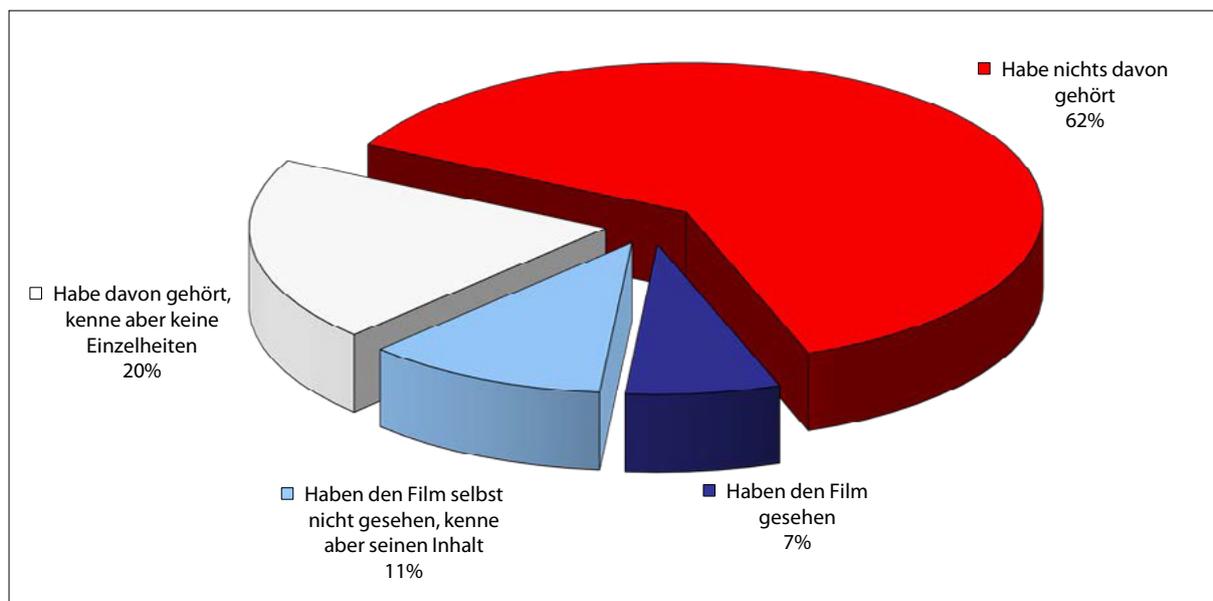
Grafik 8: Misstrauen gegenüber Politikern



Quelle: Umfragen des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&uid=116191>>, 4. Mai 2017

Nawalnyjs Film über Medwedew und die Folgen

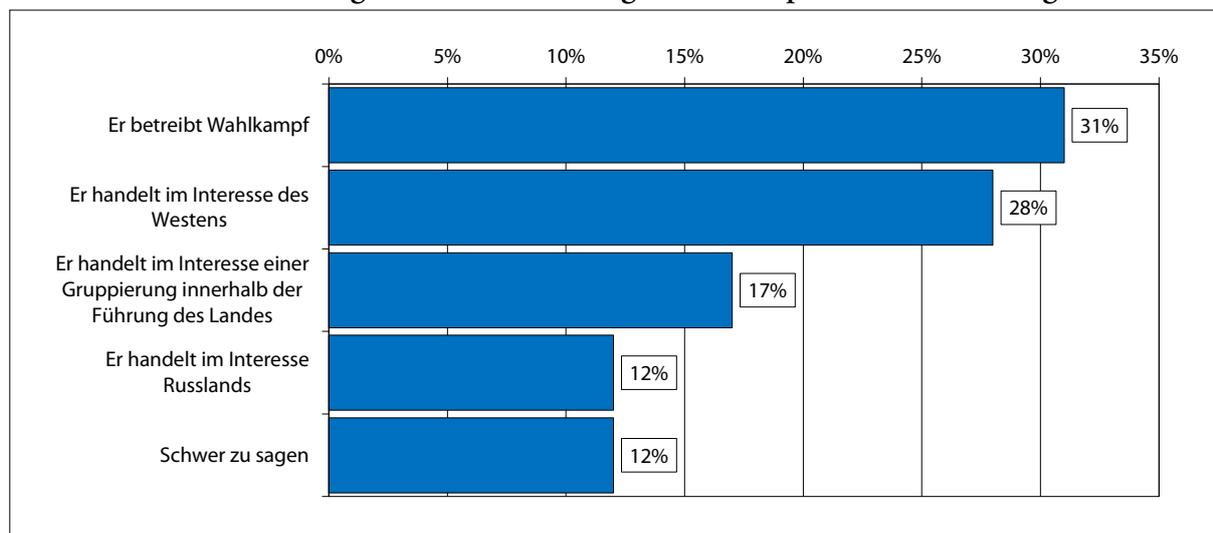
Grafik 9: Kennen Sie den kürzlich im Internet veröffentlichten Film des Fonds zur Korruptionsbekämpfung von Alexej Nawalnyj über die korrupten Netzwerke von Dmitrij Medwedew?*



* Links zum Film: *Fond borby s korrupziej: On vam ne Dimon. Dworzy, jachty i winogradniki — tajnaja shisn Dmitrija Medwedewa*, 2017 <<https://dimon.navalny.com/>>, 6. März 2017; <<https://www.youtube.com/watch?v=qrwlk7GF9g>>, 10. Mai 2017, 20.844.851 Aufrufe.

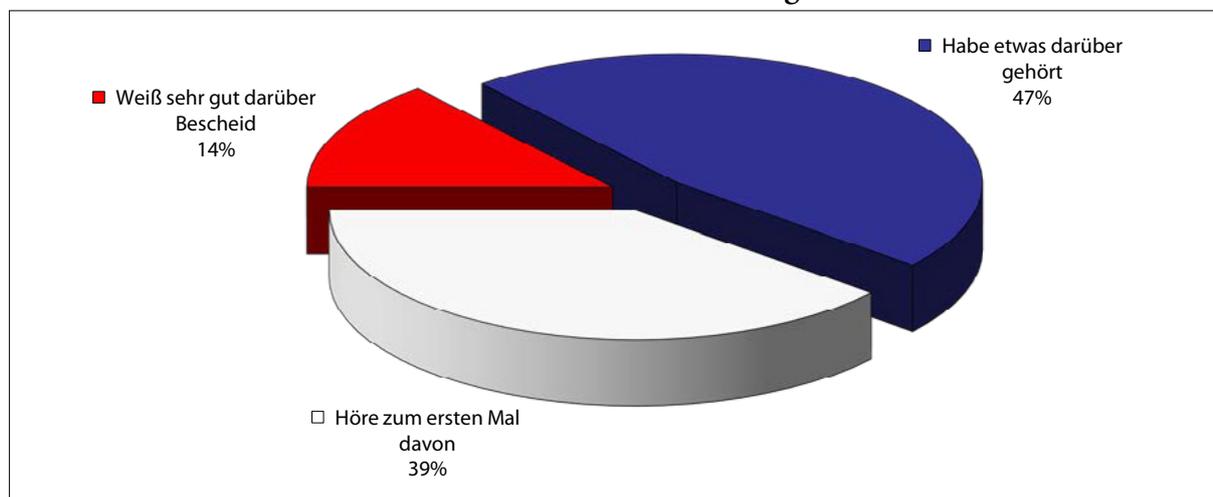
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/06/film-on-vam-ne-dimon/>>, 6. April 2017

Grafik 10: Was glauben Sie, in wessen Interesse handelt Alexej Nawalnyj hauptsächlich bei der Veröffentlichung seiner Untersuchung über Korruption in der Führung des Landes?



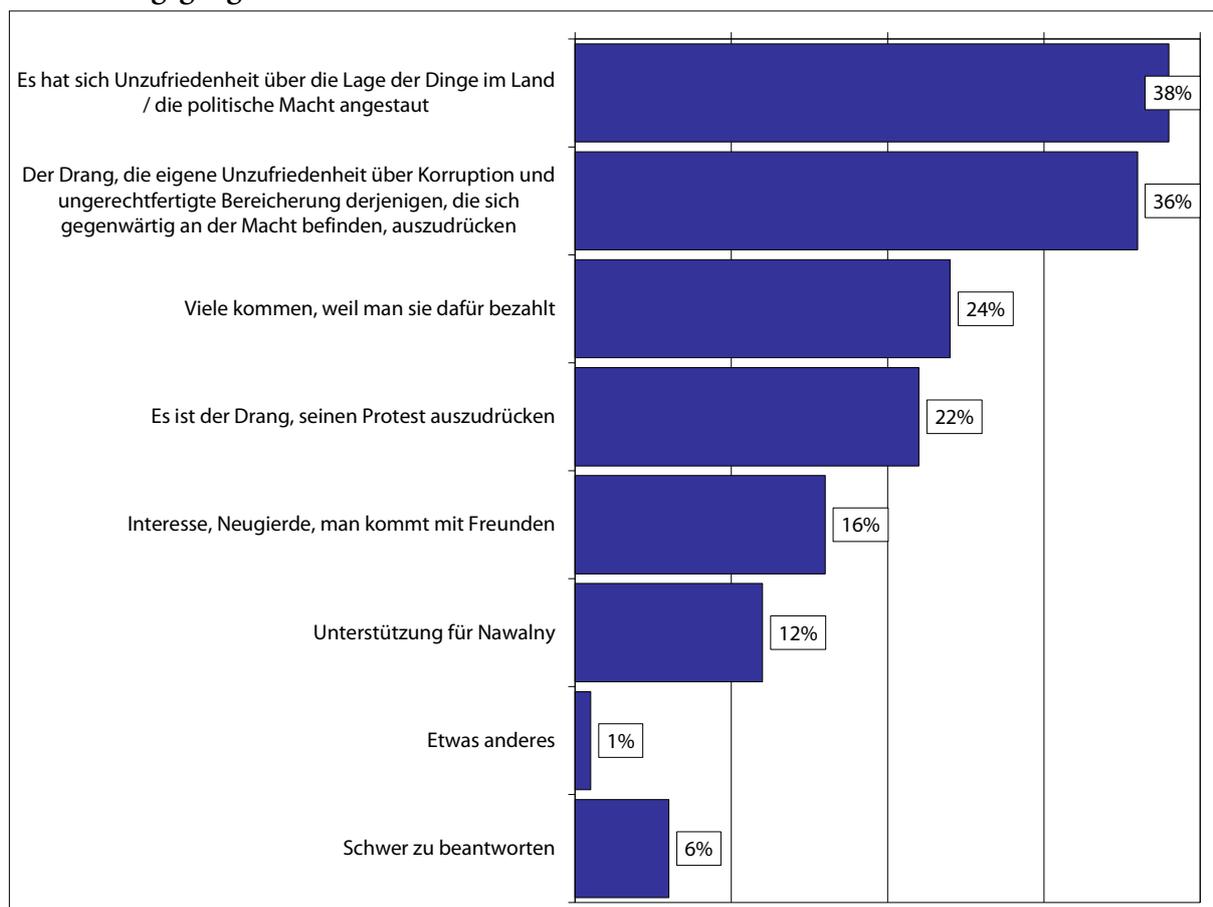
Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/06/aktsii-protesta-26-marta-i-navalnyj/>>, 6. April 2017

Grafik 11: Haben Sie von den Protesten gegen Korruption in der Führung des Landes gehört, die am 26. März in vielen Städten Russlands stattgefunden haben?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/06/aktsii-protesta-26-marta-i-navalnyj/>>, 6. April 2017

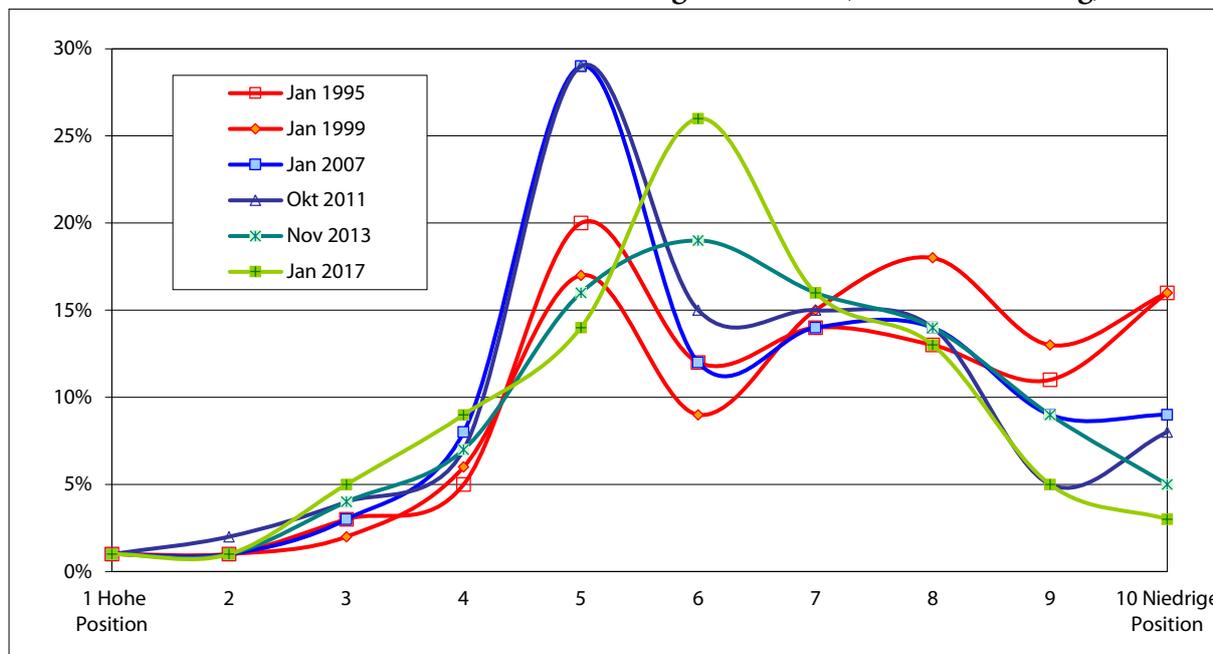
Grafik 12: Was glauben Sie gab den Anstoß, dass die Menschen zu den Protesten am 26. März gegangen sind?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/06/aktsii-protesta-26-marta-i-navalnyj/>>, 6. April 2017

Veränderungen in der Sozialstruktur der russischen Bevölkerung 1995–2017

Grafik 13: Sozialstruktur der russischen Bevölkerung 1995–2017 (Selbsteinschätzung)



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt Januar 2017 <<http://www.levada.ru/2017/03/27/samootsenka-polozheniya/>>, 28. März 2017

Tabelle 4: Sozialstruktur der russischen Bevölkerung 1995–2017 (Selbsteinschätzung)

	Januar 1995	Januar 1999	Januar 2007	Oktober 2011	November 2013	Januar 2017
1 Hohe Position	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %	1 %
2	1 %	1 %	1 %	2 %	1 %	1 %
3	3 %	2 %	3 %	4 %	4 %	5 %
4	5 %	6 %	8 %	7 %	7 %	9 %
5	20 %	17 %	29 %	29 %	16 %	14 %
6	12 %	9 %	12 %	15 %	19 %	26 %
7	14 %	15 %	14 %	15 %	16 %	16 %
8	13 %	18 %	14 %	14 %	14 %	13 %
9	11 %	13 %	9 %	5 %	9 %	5 %
10 Niedrige Position	16 %	16 %	9 %	8 %	5 %	3 %

Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, zuletzt Januar 2017 <<http://www.levada.ru/2017/03/27/samootsenka-polozheniya/>>, 28. März 2017

RATING

Die politische Klasse Russlands: Rating des politischen Einflusses

Tabelle 5: Die politische Klasse Russlands: Rating des politischen Einflusses.
Ausgabe 3 (Zentrum für Polittechnologie – CPT)

Rang	Nachname Vorname Vatersname	Funktion	Experten- befragung	Medien- index	Experten des CPT	Integrierter Index	Rangverän- derungen gegenüber Ausgabe 2*
1	Putin Wladimir Wladimirowitsch	Präsident	9,79	10,00	9,57	9,77	0
2	Setschin Igor Iwanowitsch	CEO des staatlichen Mineralölkonzerns »Rosneft«	7,88	7,30	7,14	7,61	+2
3	Medwedew Dmitrij Anatolewitsch	Ministerpräsident	7,58	8,82	6,29	7,44	-1
4-5	Lawrow Sergej Wiktorowitsch	Außenminister	7,10	8,78	7,05	7,34	+1
4-5	Wolodin Wjatscheslaw Wiktorowitsch	Vorsitzender der Staatsduma	7,50	7,85	6,65	7,34	-1
6	Schojgu Sergej Kshugetowitsch	Verteidigungs- minister	7,05	8,03	7,00	7,18	0
7	Bortnikow Aleksandr Wasilewitsch	Direktor des Inlands- geheimdienstes FSB	7,22	5,43	7,00	6,90	0
8	Wajno Anton Eduardowitsch	Leiter der Präsidi- alverwaltung	7,37	3,67	7,40	6,82	+2
9	Kirienko Sergej Wladilenowitsch	Erster stellver- tretender Leiter der Präsidi- alverwaltung	7,15	5,74	6,57	6,79	+8
10	Sobjanin Sergej Semenowitsch	Bürgermeister von Moskau	6,58	7,63	6,50	6,72	-2
11	Patruschew Nikolaj Platonowitsch	Sekretär des Sicherheitsrats, früher Direktor des Inlandsgeheim- dienstes FSB	7,13	6,10	6,00	6,69	-2
12	Siluanow Anton Germanowitsch	Finanzminister	6,71	7,98	5,71	6,65	+1
13	Nabiullina Elwira Sazhipsadowna	Präsidentin der Zen- tralbank	6,50	7,44	6,30	6,59	-2
14	Tschemesow Sergej Wiktorowitsch	Generaldirektor des Staatskonzerns »Rostech«	6,67	6,51	6,29	6,55	-3
15	Peskow Dmitrij Sergeewitsch	Pressesekretär des Präsidenten, Stell- vertretender Leiter der Präsidi- alverwaltung	6,09	9,51	5,50	6,45	-3

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 5: Die politische Klasse Russlands: Rating des politischen Einflusses.
Ausgabe 3 (Zentrum für Polittechnologie – CPT) (Fortsetzung)**

Rang	Nachname Vorname Vatersname	Funktion	Experten- befragung	Medien- index	Experten des CPT	Integrierter Index	Rangverän- derungen gegenüber Ausgabe 2*
16	Solotow Wiktor Wasilewitsch	Armeegeneral, Oberbefehlshaber der Nationalgarde	6,55	4,96	7,00	6,42	0
17	Schuwalow Igor Iwanowitsch	Erster Stellvertre- tender Ministerprä- sident, zuständig für Wirtschaftspolitik	6,54	7,51	5,14	6,34	-2
18	Rotenberg Arkadij Romanowitsch	Milliardär, Fi- nanzier, langjähriger Judoka, Sport - för- derer	6,75	4,73	6,00	6,26	+3
19	Matwienko Walentina Iwanowna	Vorsitzende des Föderationsrates (Oberhaus des russi- schen Parlaments)	6,25	7,65	5,29	6,22	0
20	Kirill (Gundjaew Wladimir Mizhajlowitsch)	Patriarch von Moskau und der Ganzen Rus	6,00	7,15	5,57	6,07	+3
20	Kadyrow Ramsan Azhmatowitsch	Oberhaupt der Repu- blik Tschetschenien	6,00	7,73	5,00	6,01	+6
22	Gref German Oskarowitsch	Vorstandsvorsitzen- der der »Sberbank«, früherer Wirt- schaftsminister	5,91	7,17	5,14	5,91	+2
23	Kowaltschuk Jurij Walentinowitsch	Vorsitzender des Direktorenrates der Bank »Rossija«, Unternehmer	6,61	1,89	6,43	5,86	-3
24	Miller Aleksej Borisowitsch	Vorstandsvorsit- zender des Energie- konzerns Gazprom	5,92	6,84	4,57	5,72	-2
25	Tschajka Jurij Jakowlewitsch	Generalstaatswan- walt	5,92	5,83	5,00	5,67	+5
26	Kudrin Aleksej Leonidowitsch	Leiter der NGO »Komitee der Bürgerinitiativen« (KGI), bis 2011 Finanzminister	5,38	7,17	5,14	5,59	+2
27	Kosak Dmitrij Nikolaewitsch	Stellvertretender Ministerpräsident	5,54	5,90	5,14	5,50	+4
28	Dworkowitsch Arkadij Wladimirowitsch	Stellvertretender Ministerpräsident, Ökonom, CBO der staatlichen Bahn- gesellschaft RZHD	5,38	7,24	4,57	5,45	-2

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 5: Die politische Klasse Russlands: Rating des politischen Einflusses.
Ausgabe 3 (Zentrum für Polittechnologie – CPT) (Fortsetzung)**

Rang	Nachname Vorname Vatersname	Funktion	Experten- befragung	Medien- index	Experten des CPT	Integrierter Index	Rangverän- derungen gegenüber Ausgabe 2*
29	Timtschenko Gennadij Nikolaewitsch	Unternehmer, Finanzier, Besitzer von »Volga Group«, einem Großinvestor	6,08	4,52	4,14	5,36	-4
30	Iwanow Sergej Borisowitsch	Sonderbeauftragter des Präsidenten für Naturschutz, Um- welt und Verkehr; bis 2016 Leiter der Präsidialverwaltung	5,50	6,23	4,14	5,27	+3
31	Rogosin Dmitrij Olegowitsch	Stellvertretender Ministerpräsident, Rüstungswirtschaft	5,21	7,39	3,86	5,20	+9
32	Golikowa Tatjana Aleksewna	Vorsitzende des Rechnungshofes	5,19	6,46	4,43	5,19	+4
33	Shirinowskij Wladimir Wolfowitsch	Partei- und Frakti- onsvorsitzender der Liberal-Demokrati- schen Partei Russ- lands (LDPR)	4,92	7,28	4,57	5,19	+4
34	Golodez Olga Jurewna	Stellvertretende Ministerpräsidentin, Gesundheits- und Sozialpolitik	4,84	7,55	4,57	5,18	+5
35	Pamfilowa Ella Aleksandrowna	Vorsitzende der Zentralen Wahl- kommission, früher Vorsitzende der Menschenrechts- kommission	4,94	6,73	4,80	5,17	-8
36	Bastrykin Aleksandr Iwanowitsch	Vorsitzender des Strafermittlungskomitees	5,50	6,21	3,71	5,16	+7
37	Kolokolzew Wladimir Aleksandrowitsch	Innenminister	5,15	6,20	4,57	5,16	0
38	Naryschkin Sergej Ewgenewitsch	Leiter des Auslands- nachrichtendienstes SWR, bis 2016 Vorsitzender der Staatsduma	5,42	5,22	4,27	5,10	-3
39	Nowak Aleksandr Walentinowitsch	Energieminister	4,87	7,92	3,86	5,07	+3

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 5: Die politische Klasse Russlands: Rating des politischen Einflusses.
Ausgabe 3 (Zentrum für Polittechnologie – CPT) (Fortsetzung)**

Rang	Nachname Vorname Vatersname	Funktion	Experten- befragung	Medien- index	Experten des CPT	Integrierter Index	Rangverän- derungen gegenüber Ausgabe 2*
40	Trutnew Jurij Petrowitsch	Stellvertretender Ministerpräsident, Bevollmächtigter Vertreter des Prä- sidenten für den Föderalbezirk Fernost	5,20	6,20	4,00	5,05	-4
41	Sjuganow Gennadij Andreewitsch	Partei- und Frakti- onsvorsitzender der Kommunistischen Partei Russlands (KPRF)	4,79	6,73	4,43	4,99	-2
42	Gromow Aleksej Alekseewitsch	Erster Stellver- tretender Leiter der Präsidentialverwaltung	5,69	0,95	5,75	4,99	-3
43	Usmanow Alischer Burzhanowitsch	Milliardär, Finan- zier, Gründer von »USM Holdings«	5,18	4,78	4,40	4,93	+6
44	Belousow Andrej Remowitsch	Assistent des Prä- sidenten, bis 2013 Wirtschaftsminister	5,04	5,31	4,43	4,93	-3
45	Lebedew Wjatscheslaw Mizhajlowitsch	Vorsitzender des Obersten Gerichts	4,92	5,45	4,57	4,91	+14
46	Shukow Aleksandr Dmitriewitsch	Erster Stellvertre- tender Vorsitzender der Staatsduma, Präsident des Natio- nalen Olympischen Komitees	4,67	6,55	4,14	4,82	+9
47	Tkatschjow Aleksandr Nikolaewitsch	Landwirtschafts- minister	4,60	7,00	3,86	4,77	-4
48	Manturow Denis Walentinowitsch	Industrie- und Handelsminister	4,35	7,02	4,40	4,76	+4
49	Alekperow Wagit Jusufowitsch	Unternehmer, Milliardär, Gründer und Präsident des Mineralölkonzerns »Lukoil«	5,00	6,08	3,29	4,73	+12
50	Kostin Andrej Leonidowitsch	Präsident und COB der VTB Bank (früher Wneschtorg- bank)	4,50	6,64	4,14	4,73	0

Quelle: <<http://politcom.ru/22348.html>>, 26. April 2017

* Zentr Polititscheskich Technologij: »Polititscheskij klass Rossii«: Rejting polititscheskogo wlijanija. Wypusk 2 (oktjabr 2016g.) <<http://www.easypdfcombine.com/index.jhtml?partner=^BSB^xdm018&pkw=default&adfi=&adti=&adm=&adn=d&add=-c&adc=194493532926&adt=&ada=&adap=none&adp=docplayer.ru&gclid=CLsaxoqv6tMCFZG6Gwod0c4Piw>>, 12. Mai 2017

Chruschtschowka-Abriss. Zum neuen Stadtumbau-Programm der Moskauer Stadtregierung

Sergey Medvedev, Berlin

Anfang 2017 hat die Moskauer Stadtregierung ein neues Programm zum Abriss alter, fünfgeschossiger Wohnhäuser aus den Jahren 1957 bis 1975 angekündigt. Die Nutzungszeit dieser als *Chruschtschowka* bezeichneten Plattenbauten war seinerzeit auf 25 bis 50 Jahre angelegt. Schätzungen zufolge könnten von dem »Renovierungs-Programm« bis zu 8.000 Wohnhäuser und bis zu 1,6 Mio. Menschen betroffen sein. Nach Einschätzung von Experten wäre dies das größte Umsiedlungsprojekt in der jüngeren Geschichte Russlands.

Am 20. April 2017 verabschiedete die Staatsduma in erster Lesung ein entsprechendes Gesetz. Viele Fragen zur konkreten Umsetzung sind jedoch noch völlig offen. Zudem fehlt es den Einwohnern – die oft auch Eigentümer ihrer Wohnung sind – an Vertrauen in das Versprechen der Moskauer Stadtregierung, gleichwertigen Wohnraum im selben Stadtbezirk zur Verfügung zu stellen.

Inzwischen hat die Moskauer Stadtverwaltung eine Liste von etwa 4.500 betroffenen Wohnhäusern veröffentlicht (<https://www.mos.ru/city/projects/renovation/>). Deren Einwohner können vom 15. Mai bis 15. Juni darüber abstimmen, ob ihr Haus abgerissen werden soll. Für den Abriss müssen mindestens zwei Drittel der Wohnungseigentümer zustimmen – nicht abgegebene Stimmen gelten als Zustimmung.

Politiker und Blogger diskutieren im Netz über Eigentumsrechte, mögliche PR-Konsequenzen für den Kreml und das Protestpotential, das aus dem »Renovierungs-Programm« (»Renowazija«) erwachsen könnte.

Sieben Gründe, warum die Leute gegen »Renowazija« protestieren

Lew Pirogow, Verleger (Moskau)

1. Beraubung des Rechts auf Eigentum. Wenn eine Entscheidung über den Abriss eines Hauses getroffen wird, ist das Eigentumsrecht an dieser Wohnung annulliert. Das Eigentum »verschwindet«. Ihnen wird die Wohnung gegen das Versprechen genommen, dass Ihnen eine neue zur Verfügung gestellt wird. Ob sie besser oder schlechter wird, ist eine ganz andere Frage. [...]
2. Alternativlosigkeit. Früher, noch beim Luschkowschen Umsetzungsprogramm [Juri Luschkow war 1992–2010 Bürgermeister Moskaus; d. Red.], bekamen die Leute drei verschiedene neue Wohnungen zur Auswahl angeboten. Heute gibt es nur eine Variante. Widerspruch einlegen ist nicht möglich.
3. Fristen. Früher wurden »Umsiedler« ein Jahr im Voraus über den bevorstehenden Umzug informiert. Nun haben sie innerhalb von 60 Tagen ihre Wohnungen zu verlassen.
4. Fehlender Schutz durch die Gerichte. Der »Umsiedler« hat nur in dem Fall das Recht, den Kommissionsbeschluss vor Gericht anzufechten, wenn ihm eine Wohnung mit einer kleineren Wohnfläche angeboten wird. Weder die Qualität der neuen Wohnung noch deren Katasterpreis (geschweige denn der Marktpreis), noch weitere Aspekte werden berücksichtigt.
5. »Äquivalenz« statt Gleichwertigkeit. Während eine Wohnung in der Nähe zum Stadtzentrum liegt und einen Marktwert von, sagen wir mal, 15 Millionen Rubel hat, würde eine Wohnung gleicher Größe am Stadtrand oder in »Neu-Moskau« (außerhalb der Stadt) nur drei [Millionen Rubel] kosten. Das Eigentum des »Umsiedlers« schrumpft auf ein Fünftel. Wem kann das gefallen?
6. Qualität der neuen Wohnung. Hierzu gibt es sehr unschöne Gerüchte. Im Netz gibt es genug Fotos von »Glückspilzen«, die bereits in »soziale« Hochhäuser am Stadtrand gezogen sind, und Erzählungen über zusammengebrochene Trennwände, geplatzte Rohrleitungen und mit Abwässern aus der Kanalisation überschwemmte Keller.
7. Fehlende soziale Infrastruktur in den neuen Stadtbezirken, den »Umsiedlungszonen«. Das heißt, es fehlen Kindergärten, Schulen, Arztpraxen, Lebensmittelläden. Eine naheliegende Metrostation zu erreichen, wird zum Problem. Das sind eigentlich nur Kleinigkeiten, wenn man reich und gesund ist, keine Kinder hat und »von fern« arbeitet.« [...]

Das ist keine Verbesserung der Wohnsituation, sondern erinnert eher an die Kollektivierung (wenn man sich an die Geschichtsbücher erinnert) oder an das *Enclosure* in England. [...]

Lew Pirogow am 28. April bei »Wsgljad«, <<https://vz.ru/columns/2017/4/28/868254.html>>

Reingefallen

Igor Nikolajew, Ökonom (Moskau)

»Die Moskauer Stadtregierung – und nicht nur die – ist in eine interessante Situation geraten, nämlich durch die Initiative zum massenhaftem Abriss von *Chruschtschowkas* und der Umsiedlung ihrer Bewohner in neue Häuser. Nach einer lautstarken Ankündigung und dem »OK« von oben zum Abriss von *Chruschtschowkas* begann die Moskauer Stadtregierung bald, sich an die Realisierung des Projekts zu machen: Vorbereitete Gesetzesentwürfe wurden mit »Freischein« zur Verabschiedung eingereicht; es fanden erste Gespräche der Bezirksbürgermeister mit den Einwohnern der zum Abriss vorgesehenen Häusern statt; es wurde im Moskauer Haushalt 2017 die Gesamtfinanzierung in Höhe von fast 100 Milliarden Rubel für die entsprechenden Arbeiten festgelegt, usw.

Irgendwas ist aber schiefgegangen: Die Bestimmungen der Gesetzesentwürfe widersprechen zu offensichtlich der Verfassung; die Einwohner Moskaus zeigten plötzlich großes Interesse an den Geschehnissen; und es stellte sich heraus, dass längst nicht alle bereit sind, sich so ganz ohne aufzumucken den Behörden unterzuordnen.

Es gibt also Probleme, große Probleme. Und was weiter? Zurück kann man nicht. Weitermachen, wie geplant, ist auch nicht mehr möglich. [...]

Die Mehrheit der Umsiedler wird unzufrieden sein, weil sich bald herausstellen dürfte, dass das Problem so kurzfristig nicht zu lösen sein wird. Hier geht es um Jahrzehnte. Da sie ja Versprechungen gegeben haben, die zu klar überzogenen Erwartungen führten. Unzufrieden werden auch diejenigen sein, die letztlich nicht dorthin umgesiedelt wurden, wohin sie wollten. Unzufrieden werden auch jene sein, die unbeteiligt sind, die aber vor ihre Fenster neue Baustellen bekommen. Es wird also sehr viele Unzufriedene geben. Anders konnte es auch kaum kommen, wenn man mit leichter Hand Probleme solcher Dimension zu lösen versucht.

Igor Nikolajew am 2. Mai 2017 bei »Echo Moskwy«, <http://echo.msk.ru/blog/nikolaev_i/1973528-echo/>

Wer wird mit den Banken über Hypotheken verhandeln?

Ilja Klischin, Journalist (Moskau)

»Noch etwas zu den *Chruschtschowkas* und zum Abriss. Heute habe ich eine Geschichte gehört. Ein Mann hatte eine Hypothek aufgenommen und eine gute Wohnung in einem guten Bezirk gekauft. Abzahlen muss er noch sehr lange. Wer wird nun mit der Bank verhandeln? Die Moskauer Stadtregierung? Onkel Wasja? Puschkin? Auf welcher Grundlage? Ich nehme an, von solchen Menschen dürfte es nicht wenige geben.«

Ilja Klischin am 25. April auf Facebook, <<https://www.facebook.com/ilya.klishin/posts/10211418320568056>>

Es gibt sehr viel Fragen

Andrej Netschajew, Wirtschaftsminister a.D. (Moskau)

»Ich studiere weiterhin das Thema Zwangsabriss der Häuser und Umsiedlung der Bewohner. Außer dem individuellen Eigentumsrecht auf eine Wohnung haben sie noch ein kollektives Recht auf das Grundstück unter dem Gebäude. Auf welcher Grundlage sollen denn diese enteignet werden?! Es ist klar, dass auf Eigentümer in einem fünfstöckigen Haus ein größerer Anteil am Grundstück entfällt, als bei einem Haus mit 12 oder 18 Etagen. Wie sieht es hier mit der versprochenen Äquivalenz aus? Ganz zu schweigen von der Preisdifferenz, beispielsweise in Tschernomuschki und Neu-Moskau. Es gibt da sehr viele Fragen!«

Andrej Netschajew am 23. April 2017 auf Facebook, <<https://www.facebook.com/aanechaev/posts/10207396940356666>>

Das ist kein Eigentum

Semjon Kwascha, Journalist (Moskau)

»[...] Bei der Geschichte mit den Wohnungen in fünfstöckigen Häusern, und in ekelhaften Platten mit einer Deckenhöhe von 2,40 Meter, und in wunderschönen Backsteinhäusern mit geräumigen Küchen und soliden Wänden – dem Traum der Mittelschicht – sind die Regeln immer gleich: sie sind kein Eigentum. Die Wohnungen wurden ursprünglich »verteilt« (nur nicht die Genossenschaftswohnungen, die es aber weder in den *Chruschtschowkas* [= *Chruschtschowka*; iron. Wortbildung aus Chruschtschow und Truschschoba (»Slum«); d. Red.] noch in den Häusern aus (nach)stalinischer Zeit gibt). Sie wurden privatisiert, das heißt kostenlos übernommen, nachdem man eine kleine Gebühr gezahlt hatte. Sie sind kein Eigentum, gehören niemandem. Selbst wenn sie für höllische Millionen per Knebdarlehnen gekauft wurden, ist ihr Ursprung der gleiche, wie bei einem geklauten Teller. Ganz zu schweigen von der Tatsache, dass die privaten Wände, Boden und Decken in der Regel auf städtischen, nicht privatisierten Grundstücken stehen. All das ist kein Eigentum, weder *leasehold* noch *freehold*. Sie besitzen alles unter Vorbehalt, aus Gnade. Das ist im ganzen Land so (und auch in vielen Ecken der Welt, wobei allerdings dort die Rechte und Einschränkungen in einem ordent-

lich entwickelten Rechtssystem festgeschrieben sind, und der »Besitzer« sie normalerweise kennt), und in Moskau in einem besonderen Ausmaß, weil Immobilien hier besonders teuer sind. Ein Fazit kann es hier nicht geben, außer Flüchen, die Sie aber auch ohne mich gut können. Na, ja, was aber nicht heißt, dass Sie nicht mein Mitgefühl haben. [...]« *Semjon Kwascha am 14. März 2017 auf Facebook*, <<https://www.facebook.com/semenkvascha/posts/1020290323338050>>

Das ist ein Beispiel einer neuen russischen Autokratie

Nezygar, Blogger (Moskau)

»Sobjanins »Renowazija« zeigt uns eine gewisse »Renovierung« des Regimes. Die alte Bürokratschaft [...], die wir mit ihren adligen Gewohnheiten, ihrem Überlegenheitsbewusstsein und ihrer gönnerhaft-herablassenden Haltung gegenüber den Leuten gewohnt sind, wird von anderen Leuten abgelöst.

Sie sind nicht einfach nur zynisch, sondern betrachten die Bewohner der Stadt ganz offen als gewöhnliche Ressourcen, die man maximal ausnutzen muss; [es sind Leute,] die jegliche moralisch-ethische Bewertung ihres Handelns verbannt haben, die auf aus- und schöngedachte effektive Ergebnisse ausgerichtet sind. Das Team von Sobjanins Managern ist ein erstes Beispiel für die Phänomenologie des »neuen Regimes«, das die moderne russische Autokratie gerade errichtet. [...]

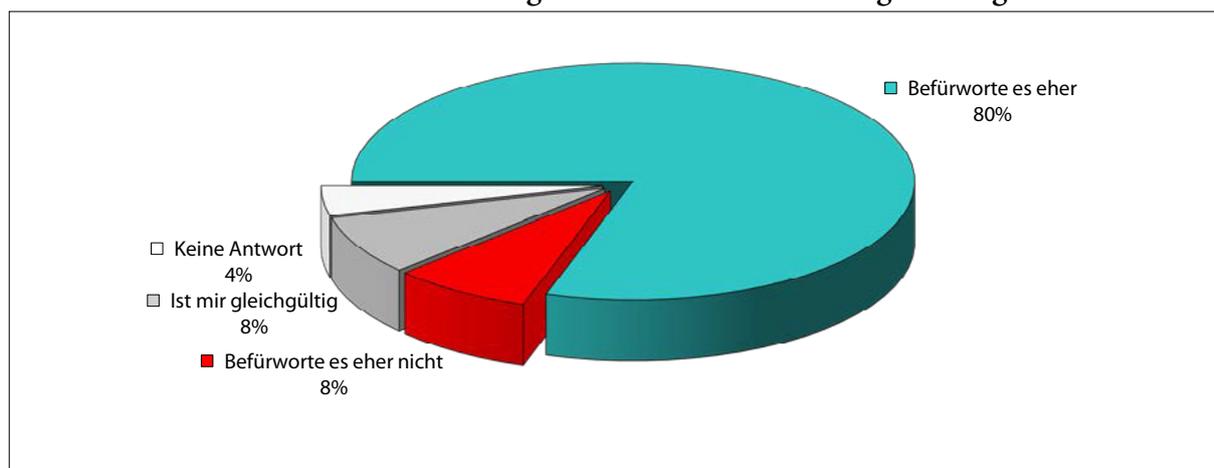
Vor diesem Hintergrund sind die Kreml-Teams, Teams aller Couleur, die alten Teams Luschkows oder der »Familie« [unter Jelzin] bloß nette, wundersame Menschen der Vergangenheit. Bisweilen abstoßend, gierig, mit geschwollenen Gesichtern und Gefühlen, aber doch in der Lage anzuhalten, einen Schritt zurück zu machen, und in der Lage, ungelenk Geschenke zu verteilen.

Sobjanins Leute sind anders: Sie peitschen aus, nehmen Haus und Grundstück weg, reißen Verwandte auseinander...; und dich schicken sie in den Verkauf oder ins Bergwerk. Und dann legen sie noch bei Nachbarn Feuer, damit die Macht der Technobürokratie auch allen klar wird.«

Blogger »Nezygar« am 1. Mai 2017 auf »BestToday«, <<http://besttoday.ru/subjects/3039.html#84388>>

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
(Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

Grafik 14: Befürworten Sie das neue Programm zum Abriss der fünfgeschossigen Wohnhäuser?



Quelle: Umfrage des WZIAM, <<https://wciom.ru/index.php?id=236&cuid=116145>>, 5. April 2017

Widersprüche

Jens Siegert, Moskau-Paris

Das erste Ziel, das sich der neue Präsident Wladimir Putin im Jahr 2000 öffentlich stellte, war die »Wiederherstellung der Machtvertikale«. Man hätte das auch weniger martialisch ausdrücken und schlichter davon sprechen können, die Funktionsfähigkeit des russischen Staates wiederherzustellen. Sie hatte in den 1990er Jahren unter Präsident Jelzin aufgrund der tiefen Wirtschaftskrise und des fundamentalen Umbaus des neuen, nun nicht mehr sowjetischen Staates in vielen Bereichen erheblich gelitten. Doch darf man angesichts der beruflichen Vorgeschichte des neuen Präsidenten wohl auch annehmen, dass die Betonung auf zentralisiert ausgeübte staatliche Macht nicht nur mitgemeint war. Die Botschaft war also nicht nur auf die Funktionalität des Staates gerichtet, sie ließ auch durchblicken, dass man Widerstand mit harten Maßnahmen brechen werde.

Die Richtigkeit, ja die Notwendigkeit eines solch machtzentrierten Zugangs wurde damals nicht nur in Russland, sondern auch im Westen von vielen Beobachtern und Akteuren anerkannt. Ein Staat, der seine Aufgaben in der Daseinsvorsorge kaum mehr wahrzunehmen in der Lage war, der seine Regionen nicht zusammenhalten konnte – der Tschetschenienkrieg war nur ein Beispiel –, bedurfte nach allgemeiner Meinung einer *harten Hand*, um das Land (ein Ausdruck, der so konkret erst viel später aufkam) *von den Knien wieder aufzurichten*.

Wie wir heute wissen, war Wladimir Putin mit diesem Vorhaben durchaus erfolgreich (ohne an dieser Stelle näher darauf eingehen zu können, was diesen Erfolgen zugrunde lag; gute Politik oder wirtschaftliches Glück). Mehr noch, diese Erfolge dauern im Großen und Ganzen an. Die *Machtvertikale* wird, fast eine Tautologie, seit nun über 17 Jahren Stück für Stück immer *vertikaler*. Immer mehr Macht und Entscheidungsbefugnisse werden im Kreml und bei Präsident Putin persönlich gebündelt. Aus der Perspektive der Machterhaltung und dessen, was in Russland die *Integrität* (russisch: »*zestnost*«) des Staates genannt wird, sieht es danach aus, als ob alles in Ordnung ist, könnte man meinen.

Doch trotz der immer weiter wachsenden Machtfülle Wladimir Putins produzieren die im von ihm mit der Zeit geschaffenen (und immer weiter entwickelten) politischen System getroffenen Entscheidungen ständig große Probleme. Was steckt dahinter? Eine populäre Erklärung für die inneren Widersprüche des Systems sind unterschiedliche Machtgruppen in der Umgebung von Putin, deren Auseinandersetzungen um Macht und wirtschaftliche Ressourcen (beide sind im System Putin

direkt und unauflösbar miteinander verbunden) zu diesen Formen von *Systemausfall* führen. Da ist wahrscheinlich »etwas dran«. Aber die Regelmäßigkeit, mit der die Probleme auftauchen deuten zumindest auf weitere, vielleicht grundlegendere Probleme hin.

Der St. Petersburger Politologe Dmitrij Trawin hat vier Hauptwidersprüche im System Putin ausgemacht:

- der föderale Aufbau trifft auf ein System feudal anmutender Klientelbeziehungen;
- die Notwendigkeit, Geld zu verdienen, konkurriert mit der Gewohnheit und dem Wunsch, über die Sicherheitsdienste eine möglichst große Kontrolle auszuüben;
- einer gut ausgebildeten Schicht von Beamten und Experten stehen ideologisch motivierte Überzeugungstäter gegenüber;
- die Notwendigkeit von Rotation und regelmäßiger Erneuerung trifft auf eine wachsende Schicht von Prätorianern, die sich als die eigentlichen Beschützer des obersten Herrn fühlen.

Ich möchte, auch aus Platzgründen, hier an jeweils einem Beispiel nur die ersten beiden Widersprüche deutlicher machen.

Putin hat seinen Aufstieg mit einer sehr spezifischen Lösung des Tschetschenienkriegs begonnen, indem er dort einen kleinen, feudalen Separatstaat geschaffen hat, dessen Herrscher ihn persönlich seiner Loyalität versichert. Zur Kontrolle der Regionen wurden als nächstes Föderalbezirke geschaffen, die die Regionen der mehr oder weniger direkten Kontrolle des Moskauer Zentrums unterwarfen. Die schreckliche Geiselnahme in einer Schule im nordossetischen Beslan Anfang September 2004 bot dann den Anlass, die Direktwahl der Gouverneure abzuschaffen und sie künftig von Moskau aus zu ernennen. Um die regionalen Oligarchien in den Griff zu bekommen, begann der Kreml vor einigen Jahren, jüngere, in der Regel regionsfremde Gouverneure zu ernennen. Viele regionale Ministerien unterstehen nicht mehr der Regionalregierung, sondern dem jeweiligen Ministerium in Moskau. Beamte rotieren zunehmend horizontal zwischen den Regionen, um das Entstehen von regionalen Seilschaften zu verhindern.

Im Großen und Ganzen hat Putin damit das Problem der Kontrolle über die Regionen gelöst. Von tschetschenischer (oder sonstiger) Unabhängigkeit gar wagt schon seit langem niemand mehr zu sprechen. Doch gerade Tschetschenien zeigt, wie dieses Problem damit nur verschoben, aber nicht aufgehoben ist. Der tschetschenische Führer (Präsidenten dürfen sich die Republikchefs

schon seit gut zehn Jahren nicht mehr nennen) Ramzan Kadyrow, hat die kleine Kaukasusrepublik zwar mit Putins Billigung und Anleitung brutal und blutig von Rebellen und Terroristen »gesäubert«. Auch betont er ständig seine besondere Loyalität zu Wladimir Putin (übrigens immer zu Putin persönlich, nicht zum russischen Staat). Er hat sich aber gleichzeitig auch unersetzbar gemacht. Ohne Kadyrow ist der angebliche Friede in Tschetschenien (der eher einer Friedhofsruhe gleicht) kaum eine Kopeke wert ist.

Anders ausgedrückt: Nicht der Kreml (Putin) ist absoluter Herrscher über seine Untertan in Tschetschenien, sondern Kadyrow. Putin hat ihn gewissermaßen mit der Republik belehnt. Damit hat er aber weitgehend die Kontrolle über das, was in Tschetschenien vorgeht, verloren. Russische Sicherheitskräfte (des Innenministeriums wie des Geheimdienstes) dürfen praktisch nur mit Kadyrows Genehmigung nach Tschetschenien. Russische Gesetze gelten dort nur insofern, als Kadyrow das zulässt. Wichtiger noch: Zwar ist Kadyrow gegenwärtig ein Vasall Putins, aber gerade das schließt den plötzlichen Abfall nicht aus, sondern macht ihn geradezu unvermeidbar, sollten sich die Verhältnisse ändern und sollte Putin (das Moskauer Zentrum) schwächeln und/oder nicht mehr zahlen können oder wollen.

Nun ist Tschetschenien ein selbst für russische Verhältnisse sehr eigener Sonderfall. Aber Kadyrow hat allen anderen Regionalführern gezeigt, dass der Kreml die Sprache der Gewalt gut versteht und gewillt ist, für den Verzicht darauf zu zahlen. Je mehr Gewalt, umso höher der Preis. Beim ersten Anzeichen von Schwäche des Zentrums dürfte der Ausnahmefall Tschetschenien schnell Schule machen. Zuerst vielleicht im Nordkaukasus, dann aber auch in anderen Regionen.

Den zweiten Widerspruch, den ich hier behandeln möchte, nennt Dmitrij Trawin »Grüne Lappen gegen grüne Männchen«. Es geht vordergründig um Wirtschaft, tatsächlich aber um den oligarchischen Staatsaufbau. Nach der Verhaftung und Verurteilung von JuKOS-Chef Michail Chodorkowskij 2003 hat sich die Führungsschicht der russischen Wirtschaft stark verändert. Anstelle der sogenannten *Oligarchen*, die unter Präsident Jelzin in den 1990er Jahren durch die Privatisierung großer Teile der Industrie und vor allem des Rohstoffsektors erst reich und in der Folge der Präsidentschaftswahlen 1996 politisch einflussreich geworden waren, traten nun sukzessive andere Personen. Meist waren das Leute aus den Geheimdiensten (also Putins ehemalige Kollegen) oder aus St. Petersburg (also Putins alte Freunde). Auf diese neue Generation Superreicher in Russland trifft, wie mir scheint, der Begriff *Oligarchen* viel eher zu als auf ihre Vorgänger. Während die *Oligarchen* der 1990er erst wirtschaftliche Macht erlangten,

die sie dann politisch nutzten (u. a., aber nicht nur, um reich zu bleiben), ist es mit ihnen eher umgekehrt. Sie nutzen politische Macht um reich zu werden und nutzen den Reichtum, um an der Macht zu bleiben.

Allerdings fand keine vollständige Verdrängung der *alten* durch die *neuen Oligarchen* statt. Nur einer der *alten Oligarchen* landete im Gefängnis. Ein paar weitere flüchteten sich (oder nicht selten: es wurde ihnen gestattet zu flüchten) ins Exil im Ausland. Die meisten fügten sich einfach der Putinschen Forderung, sich künftig von jeder Politik fern zu halten und, wo nötig und vom Kreml gefordert, dem Staat mit Geld unter die Arme zu greifen.

Viele der (inzwischen längst nicht mehr so) *neuen Oligarchen* stammen aus den verschiedenen Sicherheitsapparaten. Ihre Kompetenz liegt vor allem darin, zu wissen, was man tun muss, um sich große Vermögen anzueignen und größere Volksmengen unter Kontrolle zu halten. Geld *zu verdienen*, liegt ihnen eher fern. Das war solange kein sonderliches Problem, so lange das Geld aus den Öl- und Gaseinnahmen nur so ins Land flutete. Bis zum Ende der 2000er Jahre gab es dank der Ölpreishausse und einer beispiellos langen Phase wirtschaftlicher Hochkonjunktur genug Geld zu verteilen, ohne es vorher erarbeiten zu müssen. Diese Zeiten sind seit der Finanzkrise 2008/2009 vorbei und werden, wie es aussieht, (insbesondere für Russland) auch so schnell nicht wieder kommen.

Das in den 2000er Jahren entstandene System von politischen und wirtschaftlichen Loyalitäten, das strukturell jeden Ausweg aus der Rohstoffabhängigkeit verbaut, scheint nicht aus eigener Kraft zur Modernisierung fähig. Jedenfalls schlug bisher noch jeder Versuch fehl. Ein wenig mag das daran liegen, dass das System lange wie eine besondere russische Art von *perpetuum mobile* wirkte. Putin *bat* die *Oligarchen*, in seine großen Projekte wie Olympiade, Gipfeltreffen der Asiatisch-Pazifischen Wirtschaftsgemeinschaft oder Fußballweltmeisterschaft zu investieren. Die *Oligarchen* taten, wie ihnen geheißen, machten oft Verluste, verdienten aber kurze Zeit später wundersam mehr als sie verloren hatten, weil sie bei großen staatlichen Ausschreibungen zum Zuge kamen. Dieses System erweist sich nun in der Wirtschaftskrise und bei näherem Hinschauen als ganz normaler Motor, der Treibstoff von außen zum Funktionieren braucht. Doch der Treibstoff von außen ist inzwischen knapp und ein Ende der Knappheit nicht in Sicht.

Um neuen Treibstoff zu generieren, müsste die Wirtschaft modernisiert werden, das aber würde, so die Meinung der allermeisten Wirtschaftsexperten in Russland, nur gehen, wenn auch die staatlichen und politischen Institutionen modernisiert würden, so dass

künftig die Einhaltung von für alle möglichst gleichen Regeln sichergestellt, vor allem aber Eigentum in Russland tatsächlich rechtlich geschützt würde. Genau das aber, eine Modernisierung der Institutionen, hielt in einer Umfrage von mehr als 150 führenden russischen Wirtschaftswissenschaftlern im vorigen Jahr eine große Mehrheit der Befragten zwar für das wünschenswerteste, aber gleichzeitig auch für das unwahrscheinlichste Szenarium für die kommenden Jahre.

Hinzu kommt ein weiteres Problem. Sowohl die *alten* als auch die neuen *Oligarchen* (und viele weniger Vermögende, aber immer noch sehr Reiche mit ihnen) *verdienen* ihr Geld zwar gerne in Russland, geben es aber doch lieber im Westen aus (für Villen, für die Bildung ihrer Kinder, zur Absicherung für später, für alle Fälle oder einfach nur für ein schönes Leben). Doch da ist die Krim dazwischen gekommen.

Auch die Krim war (wie viele andere Schritte zuvor, die die Kontrolle des Kreml über Land und Gesellschaft verschärft haben) *notwendig*, um an der Macht zu bleiben. Doch sie brachte Nebenwirkungen. Zum einen die Sanktionen (die viele der *neuen Oligarchen* mit Reisebeschränkungen auch persönlich treffen). Zum anderen schreckte es, nach einer anfänglichen Euphorie, viele derjenigen in Russland ab, die wissen, wie mit Arbeit Geld zu verdienen ist. Diese Leute mögen keine Konfrontation (mit dem Westen). Sie mögen Zusammenarbeit. Konfrontation stört sie (beim Geld verdienen und beim guten Leben). Konfrontation verunsichert. Gleichzeitig werden aber diese Leute gebraucht, weil sie das Geld machen können, das wiederum zum Machterhalt nötig ist (und auch, um die Konfrontation mit dem Westen durchhalten zu können).

Soweit das zu beurteilen ist, herrscht in diesen Kreisen große Unzufriedenheit mit Putin, aber auch große Angst vor ihm. Solange das so bleibt, ist das keine Gefahr für das System. Aber eben das Wort »solange« deutet auf den tieferen Grund hinter den strukturellen, also immer wiederkehrenden Problemen. Die Gefahr scheint

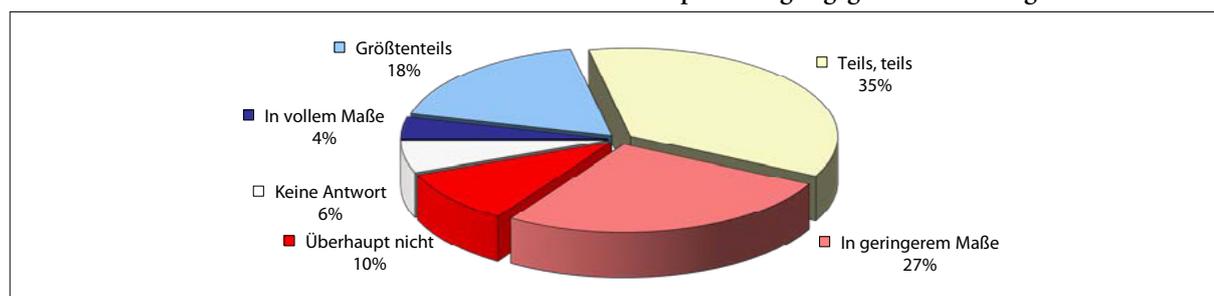
mir in der Methode zu liegen, mit der Putin die Handlungsfähigkeit des russischen Staates in der ersten Hälfte der 2000er Jahre wiederhergestellt hat. Er hat, wie viele anderen Menschen in Russland auch, aus den 1990er Jahren den Schluss gezogen, dass rechtsstaatliche Institutionen nur Potjomkinsche Dörfer sind, hinter denen sich das Eigentliche verbirgt: reine Macht und nackte Gewalt.

Als Folge sind die schwachen Institutionen, die in den 1990er Jahren zugegebenermaßen mehr schlecht als recht funktioniert haben, Stück für Stück immer weiter ausgehöhlt worden. Staatlichem Handeln liegen unter Putin letztlich immer zwei Ziele zugrunde: der Machterhalt und die (privat und politisch motivierte) Bereicherung. Mehr noch. Im putinschen System sind diese beiden handlungsleitenden Motive (siehe »Grüne Lappen gegen grüne Männchen«) eine Symbiose eingegangen. Das erklärt, warum die Machthaber in Russland nicht selten Entscheidungen treffen, denen man sofort ansieht, wie viele Folgeprobleme (für das Land und seine Menschen ebenso wie für die Machthaber) sie nach sich ziehen werden.

Bisher ist es Putin allerdings immer wieder gelungen diese negativen Folgen entweder in die Zukunft zu verlegen (etwa so, wie das Rentensystem in Deutschland auf Kosten künftiger Generationen am Leben gehalten wird) oder sie mit lautstarken Aktionen zu überdecken (in diese Kategorie gehören, was die Innenpolitik angeht, die Annexion der Krim, der Krieg in Ostukraine und auch das militärische Eingreifen in Syrien). Die wachsende Geldknappheit macht allerdings alles schwieriger. Zudem hat die Konfrontation mit dem Westen ein Niveau erreicht, das nur noch mäßig steigerbar scheint, wenn man den Bogen nicht überspannen will. Genau das war aber bisher Putins Methode. Wenn er nicht weiterkam, hat er den Einsatz erhöht.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

Grafik 15: In welchem Maße erfüllt heute der Staat seine Verpflichtungen gegenüber den Bürgern Russlands?



Quelle: Umfrage des Lewada-Zentrums, <<http://www.levada.ru/2017/04/25/grazhdane-i-gosudarstvo/>>, 26. April 2017

31. März – 11. Mai 2017

31.03.2017	Dmitrij Peskow, der Pressesprecher des russischen Präsidenten, erklärt im US-Fernsehen, dass die gegenwärtigen Beziehungen zwischen Russland und den USA schlechter seien als während des Kalten Krieges.
01.04.2017	Die Zeitung »Nowaja gaset« berichtet, dass in der Republik Tschetschenien über 100 Männer wegen ihrer vermuteten Homosexualität verhaftet und gequält worden seien, darunter auch bekannte Persönlichkeiten. Mindestens drei Personen seien getötet worden, möglicherweise mehr. Ein Sprecher des tschetschenischen Republikoberhauptes Ramsan Kadyrow weist die Vorwürfe zurück: Es gebe in Tschetschenien keine Homosexualität.
02.04.2017	Es kommt erneut in mehreren Städten Russlands zu Protesten gegen Korruption. In Nowosibirsk, Samara und Astrachan nehmen nach offiziellen Angaben jeweils 250–600 Personen an genehmigten Kundgebungen teil. Bei einem nicht genehmigten »Spaziergang der Opposition« in Moskau werden über 30 Teilnehmer verhaftet.
03.04.2017	In der Metro von St. Petersburg kommt es zwischen den Stationen »Technologitscheskij institut« und »Sennaja ploschtschad« zu einer Explosion, bei der 16 Personen getötet werden. Mehr als 50 weitere werden zum Teil schwer verletzt. Eine zweite Bombe wird in der Station »Ploschtschad Wosstanija« gefunden und kann entschärft werden. Die Ermittler gehen von einem Selbstmordanschlag aus und verdächtigen einen 22-jährigen Kirgisen mit russischer Staatsangehörigkeit, der in Verbindung zum sogenannten »Islamischen Staat« stehen soll.
03.04.2017	Die Präsidenten von Russland und Belarus, Wladimir Putin und Aljalexandr Lukaschenka, legen in mehrstündigen Gesprächen in St. Petersburg den seit Monaten andauernden Streit über Gaslieferungen bei. Belarus wird seine Schulden bei »Gazprom« in Höhe von ca. 726 Mio. US-Dollar begleichen. Im Gegenzug gewährt das russische Staatsunternehmen »Gazprom« 2018 und 2019 wieder Preisnachlässe auf Gaslieferungen. Darüber hinaus erörtern Putin und Lukaschenka auch Sicherheitsfragen.
04.04.2017	Das Oberhaupt der Republik Udmurtien, Aleksandr Solowjow (Einiges Russland), wird verhaftet und seines Amtes enthoben. Die Ermittlungsbehörden werfen ihm Bestechlichkeit vor. Er soll von Bauunternehmen Schmiergelder in Höhe von über 140 Mio. Rubel (ca. 2,3 Mio. Euro) angenommen haben.
05.04.2017	Die USA, Frankreich und Großbritannien legen dem UN-Sicherheitsrat einen Resolutionsentwurf vor, der von der syrischen Regierung umfassende Unterstützung bei der Aufklärung des am Vortage erfolgten Giftgaseinsatzes fordert. Die Sprecherin des Außenministeriums Russlands bezeichnete den Resolutionsentwurf als »antisyrisch« und »grundsätzlich unannehmbar«. Moskau gibt »terroristischen Gruppierungen« die Schuld für den Angriff, und fordert eine umfassende Untersuchung.
05.04.2017	Präsident Wladimir Putin empfängt den neugewählten Präsidenten von Usbekistan, Shavkat Mirziyoyew, zu seinem Antrittsbesuch. Im Mittelpunkt der Gespräche stehen Wirtschaftsfragen. Über einen Beitritt zur Eurasischen Wirtschaftsunion wird nicht gesprochen.
05.04.2017	Die Staatsduma lehnt einen Antrag der Fraktion der KPRF ab, die gefordert hatte, zur Überprüfung der von der »Stiftung zum Kampf gegen die Korruption« (FBK) und Alexej Nawalnyj gegen Ministerpräsident Dmitrij Medwedew erhobenen Korruptionsvorwürfe Informationen von den Sicherheitsbehörden einzuholen. Medwedew selbst hatte die Anschuldigungen als »Quatsch« bezeichnet.
06.04.2017	Im Zusammenhang mit dem Anschlag auf die Petersburger Metro werden acht Personen festgenommen. In einer Petersburger Wohnung wird eine Bombe gefunden und entschärft. An Gedenkkundgebungen für die Opfer nehmen nach offiziellen Angaben in Moskau und St. Petersburg Zehntausende Menschen teil.
06.04.2017	Das Oberhaupt der Republik Mari El, Leonid Markelow, tritt nach 16-jähriger Amtszeit zurück. Alexandr Jewstifejew, zuletzt Vorsitzender des Wirtschaftsgerichts des Moskauer Gebiets, wird mit der kommissarischen Wahrnehmung der Amtsgeschäfte betraut.
07.04.2017	Russland verurteilt einen Angriff, den die USA in der vorangegangenen Nacht mit Marschflugkörpern auf einen Stützpunkt der syrischen Luftstreitkräfte nahe der Stadt Homs geführt haben. Dies sei ein inakzeptabler Akt der Aggression gegen einen souveränen Staat und eine Verletzung internationalen Rechts, lässt Wladimir Putin über seinen Sprecher Dimitrij Peskow erklären. Die US Regierung begründet den Angriff damit, dass die Assad-Regierung von diesem Stützpunkt aus Giftgas gegen die eigenen Bevölkerung eingesetzt habe.
07.04.2017	Als Reaktion auf den US-Angriff in Syrien setzt Russland das Memorandum mit den Vereinigten Staaten über die Vermeidung von Zwischenfällen bei Flügen über Syrien aus.
08.04.2017	Der britische Außenminister Boris Johnson sagt einen geplanten Besuch in Moskau ab. Er begründet dies mit der fortgesetzten Unterstützung Russlands für das Assad-Regime.
09.04.2017	Russland gewährt Belarus einen Kredit über eine Milliarde US-Dollar.
09.04.2017	In der international nicht anerkannten Republik Südossetien wird der bisherige Parlamentsvorsitzende Anatolij Bibilow zum neuen Präsidenten gewählt. Bibilow betont, dass er ein Referendum über den Beitritt Südossetiens zu Russland durchführen wolle.
10.04.2017	Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj wird nach 15 Tagen Arrest entlassen.

11.04.2017	Die Vermittlungsplattform für Unterkünfte »Airbnb« schließt ihre russische Tochtergesellschaft. Der russische Markt soll nun von Berlin, Dublin und London aus betreut werden.
11.04.2017	Der italienische Präsident Sergio Mattarella kommt zu einem viertägigen Staatsbesuch nach Russland. Er führt Gespräche mit Präsident Wladimir Putin, Ministerpräsident Dmitrij Medwedew und dem Oberhaupt der Russischen Orthodoxen Kirche, Patriarch Kirill. Neben den bilateralen russisch-italienischen Beziehungen ist auch das angespannte Verhältnis zwischen Russland und der EU Gesprächsthema.
12.04.2017	Ein Moskauer Gericht verlängert den Hausarrest gegen den früheren Minister für wirtschaftliche Entwicklung Alexej Uljukajew bis zum 15. Juni.
12.04.2017	Präsident Wladimir Putin erklärt in einem Interview mit dem Fernsehsender »Mir«, dass derzeit mehr als 4.000 russische Staatsangehörige auf Seiten der Terrormiliz »Islamischer Staat« kämpfen.
12.04.2017	US-Außenminister Rex Tillerson fliegt zu einem Arbeitsbesuch nach Moskau. Im Mittelpunkt der Gespräche mit seinem russischen Amtskollegen Sergej Lawrow stehen der Kampf gegen den Terrorismus, eine mögliche Untersuchung des Giftgasangriffs in Syrien und Wege zur Lösung der Krisen in Syrien. Präsident Wladimir Putin empfängt Tillerson nicht.
13.04.2017	Russland legt im Sicherheitsrat der UNO ein Veto gegen die Resolution zum Giftgasangriff in Syrien ein, die Großbritannien, die USA und Frankreich eingebracht hatten. China enthält sich der Stimme. Mit der Resolution sollte die syrische Staatsführung aufgefordert werden, unabhängige Ermittlungen zum Giftgasangriff zu unterstützen, indem sie Zugang zu Luftwaffenstützpunkten gewährt und Flugpläne des Militärs vom Tag der Explosion offenlegt.
13.04.2017	Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) verkündet seine Entscheidung zu den Beschwerden wegen des Anti-Terror-Einsatzes in Beslan im Jahre 2004. Der EGMR verurteilt Russland zur Zahlung von 3 Mio. Euro Schmerzensgeld wegen erheblicher Mängel beim Krisenmanagement sowie eines unverhältnismäßigen Einsatzes von Waffen. Die Beschwerde war von 409 Personen eingereicht worden, unter anderem von Überlebenden und Angehörigen von Opfern, die bei dem Einsatz der russischen Sicherheitskräfte getötet oder verletzt worden waren. In Beslan hatten am 1. September 2004 bewaffnete Rebellen aus Tschetschenien in einer Schule mehr als 1.100 Geiseln genommen. Im Zuge der Erstürmung durch die Sicherheitskräfte starben mehr als 330 Menschen, unter ihnen mehr als 180 Kinder. Das russische Justizministerium will gegen das Urteil in Berufung gehen.
13.04.2017	In Saratow verhaften Sicherheitskräfte den Oppositionspolitiker Wjatscheslaw Malzew, dieser wird der »Anwendung von Gewalt gegen Vertreter der Staatsgewalt« während der Anti-Korruptionsproteste am 26. März beschuldigt. Darüber hinaus wird bei ihm eine Hausdurchsuchung durchgeführt. Im Polizeigewahrsam erleidet Malzew später einen Herzanfall.
13.04.2017	Das Strafermittlungskomitee lässt das ehemalige Oberhaupt der Republik Mari El, Leonid Markelov, festnehmen, am Folgetag verhängt ein Moskauer Gericht eine Untersuchungshaft bis zum 12. Juni. Ihm wird vorgeworfen, Bestechungsgelder in Höhe von 235 Mio. Rubeln angenommen zu haben.
13.04.2017	Der Fernsehsender »Perwyj kanal« erklärt, er werde den »Eurovision Song Contest« (ESC) in diesem Jahr nicht übertragen. Grund ist das Einreiseverbot für Julija Samojlowa, die Kandidatin Russlands, das die Ukraine unter Hinweis auf eine frühere Verletzung der Einreisebestimmungen durch die Sängerin verhängt hat.
14.04.2017	Präsident Wladimir Putin trifft in der kirgisischen Hauptstadt Bischkek ein, wo er an einem informellen Treffen mit den Staatschefs der Mitgliedsländer der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (OVKS) anlässlich des 25. Jahrestags der Vertragsunterzeichnung teilnimmt. Außerdem findet ein Treffen der Staatschefs der Mitgliedsländer der Eurasischen Wirtschaftsunion statt.
14.04.2017	Außenminister Sergej Lawrow empfängt seine Amtskollegen aus dem Iran und Syrien in Moskau zu Gesprächen über das weitere Vorgehen in Syrien nach dem US-Angriff auf einen syrischen Luftwaffenstützpunkt.
14.04.2017	In Moskau finden multilaterale Konsultationen zur aktuellen Situation in Afghanistan statt, um über die wachsende Unsicherheit in Afghanistan und den Friedensprozess mit den radikalislamischen Taliban zu beraten. Insgesamt elf Staaten, darunter Afghanistan, der Iran, Indien, Pakistan und China sowie die zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan nehmen an dem Treffen teil. Die USA hatten die Einladung zu dem Treffen abgesagt.
15.04.2017	Trotz anhaltender Proteste der Fernfahrer tritt beim Mautsystems »Platon« eine Tarifierhöhung um fast 25 Prozent in Kraft. In St. Petersburg werden acht Fernfahrer, die gegen das Mautsystem protestieren, festgenommen, darunter der Vorsitzende der »Vereinigung der Fuhrunternehmer Russlands« (OPR), Andrej Bashutin, und der Koordinator der Petersburger Abteilung der Organisation, Sergej Wladimirow.
16.04.2017	Die Vorsitzende des Föderationsrates, Walentina Matwijenko, wird während ihres Besuchs in Saudi-Arabien von König Salman bin Abdulaziz empfangen. Bei den Gesprächen geht es um die wirtschaftlichen Beziehungen beider Länder sowie um die Situation im Nahen Osten und einen gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus.

16.04.2017	Präsident Wladimir Putin gratuliert den orthodoxen Christen zum Osterfest. Der Präsident hatte zuvor gemeinsam mit Ministerpräsident Dmitrij Medwedew den nächtlichen Ostergottesdienst in der Moskauer Christus-Erlöser-Kathedrale besucht. Landesweit nahmen mehr als 4,3 Mio. Menschen an Ostergottesdiensten teil. In diesem Jahr fallen das orthodoxe und das Osterfest der katholischen und protestantischen Kirchen auf dasselbe Datum.
17.04.2017	Der Inlandsgeheimdienst FSB nimmt im Moskauer Umland eine Person fest, in der sie einen der Organisatoren des Terroranschlags am 3. April in St. Petersburg vermutet.
17.04.2017	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew unterzeichnet ein Dokument, dem zufolge Bürger aus 18 Staaten durch ein vereinfachtes elektronisches Visaverfahren für einen Zeitraum von bis zu acht Tagen in den Fernen Osten Russlands einreisen können. Dadurch sollen mehr Touristen und Unternehmer in die Region gelockt werden.
17.04.2017	Präsident Wladimir Putin unterzeichnet ein Gesetz, das die Strafen für Rechtsverstöße durch Fans bei Sportwettkämpfen verschärft. Demnach können zukünftig Geldstrafen zwischen 10.000 und 20.000 Rubel sowie ein Arrest von bis zu 15 Tagen und ein Besuchsverbot für Sportveranstaltungen von bis zu sieben Jahren verhängen werden. Das Gesetz reguliert auch Regelverstöße ausländischer Fans; diesen soll die Einreise nach Russland verweigert werden, wenn sie im Ausland straffällig geworden sind.
18.04.2017	Sa'ur Dadajew, der des Mordes am Oppositionspolitiker Boris Nemzow beschuldigt wird, bestreitet vor Gericht eine Tatbeteiligung. Kurz nach seiner Verhaftung hatte Dadajew die Tat noch gestanden. Nemzow war am 27. Februar 2015 in Moskau erschossen worden. Dadajew hatte früher in den Streitkräften des tschetschenischen Innenministeriums gedient.
18.04.2017	Der Konzern »Google« und der Föderale Antimonopol-Dienst (FAS) legen einen Kartellstreit bei. Der US-amerikanische Konzern verpflichtet sich, auf seinem Android-System eine Auswahl verschiedener Suchanbieter zu ermöglichen. Außerdem muss Google eine Kartellstrafe in Höhe von 439 Mio. Rubel (ca. 7,25 Mio. €) zahlen. Geklagt hatte das Unternehmen »Yandex«, in Russland Marktführer für Suchmaschinen.
19.04.2017	Ministerpräsident Dimitrij Medwedew betont in seinem jährlichen Rechenschaftsbericht vor dem Parlament, dass sich die Wirtschaft Russlands in allen wichtigen Zweigen langsam wieder erhole. Auch die globalen Ratingagenturen hätten Russlands Kreditwürdigkeit angehoben. Zu den Korruptionsvorwürfen von Alexej Nawalnyj sagte er, dass er die »Lügenprodukte politischer Hochstapler« nicht kommentieren werde.
19.04.2017	Der Petersburger Journalist Nikolaj Andruschtschenko erliegt nach sechswöchigem Koma den Verletzungen, die ihm Unbekannte bei einer Prügelattacke zugefügt hatten.
19.04.2017	Der Internationale Gerichtshof in Den Haag fordert Russland auf, die Rechte der Ukrainer und Tataren auf der Krim zu respektieren. Dazu gehörten das Recht auf Bildung in ukrainischer Sprache und das Recht der Krimtataren auf repräsentative Institutionen. Ausdrücklich erwähnt wird hierbei der Medschlis, der Rat der Volksversammlung der Krimtataren, den russische Behörden als extremistische Organisation verboten haben. Beide Verfahrensparteien werden aufgefordert, alle Maßnahmen zu unterlassen, die den Streit vor dem Gerichtshof verschärfen würden.
20.04.2017	Das Oberste Gericht Russlands stuft das »Verwaltungszentrum der Zeugen Jehovas in Russland« als »extremistische Organisation« ein und verbietet die Glaubensgemeinschaft. Betroffen sind neben der Zentrale in St. Petersburg alle 395 Regionalverbände. Ihr Vermögen soll eingezogen werden.
20.04.2017	Die Staatsduma verabschiedet in erster Lesung ein Gesetz, mit dem bis zu 8.000 Wohnhäuser in Moskau abgerissen und durch Neubauten ersetzt werden sollen.
21.04.2017	In Chabarowsk überfällt ein 17-Jähriger die Verwaltung des Inlandsgeheimdienstes FSB und erschießt zwei Menschen. Die Tat soll nach Angaben des Strafermittlungskomitees nach bisherigem Kenntnisstand einen rechtsradikalen Hintergrund haben.
22.04.2017	Der Hauptmilitärstaatsanwalt und Stellvertretende Generalstaatsanwalt Sergej Fridinskij reicht seinen Rücktritt ein.
20.– 22.4.2017	Auf einem hochrangig besetzten Wirtschaftsforum in Krasnojarsk wird über eine Reformstrategie bis zum Jahr 2025 debattiert. Zu den Teilnehmern gehören u. a. der Minister für wirtschaftliche Entwicklung Maksim Oreschkin und der frühere Finanzminister Alexej Kudrin.
23.04.2017	In der Stadt Samara wird nach einem Protestmarsch gegen Sozialkürzungen der Organisator der Demonstration, Michail Matwejew (KPRF), festgenommen. Dem Abgeordneten des Regionalparlaments wird die Störung des Straßenverkehrs vorgeworfen. Auf der Veranstaltung hatten die Demonstranten den Rücktritt des Gouverneurs gefordert.
24.04.2017	Nikolaj Burow, Direktor des staatlichen Museums Isaaskathedrale, reicht seinen Rücktritt ein. Im Januar 2017 hatte die Stadt St. Petersburg entschieden, dass die Isaaskathedrale der Russischen Orthodoxen Kirche übergeben werden solle.

24.04.2017	Russlands Militärausgaben sind 2016 um 5,9 % auf 69,2 Mrd. US-Dollar gestiegen. Nach Angaben des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI) liegt Russland nach den USA und China an dritter Stelle. Allerdings machen die russischen Militärausgaben nur 11 % der Ausgaben der USA aus.
24.04.2017	Die Zeitung »Nowaja Gaseta« berichtet von sechs Geheimgefängnissen in Tschetschenien, in denen hunderte Personen ohne gesetzliche Grundlage festgehalten werden sollen. Darunter seien auch Menschen, die der Homosexualität verdächtigt werden.
24.04.2017	Russlands Außenminister Sergej Lawrow empfängt in Moskau die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini. Gesprächsthemen sind der gemeinsame Kampf gegen den Terrorismus, die gegenseitigen Sanktionen sowie die Lage im Donbass.
26.04.2017	Die Generalstaatsanwaltschaft erklärt die Tätigkeit von drei ausländischen NGOs in Russland für unerwünscht. Dies betrifft die britischen Initiativen »Open Russia« und »Open Russia Civic Movement«, die von Michail Chodorkowskij gegründet wurden sowie das US-amerikanische »Institute of Modern Russia«, das von Chodorkowskij Sohn Pawel geleitet wird.
27.04.2017	Der Oppositionspolitiker Alexej Nawalnyj wird von Unbekannten mit grünem Desinfektionsmittel attackiert. Dabei erleidet er eine Verätzung am rechten Auge.
27.04.2017	Der japanische Premierminister Shinzō Abe kommt im Vorfeld des G20-Gipfels zu einem Staatsbesuch nach Moskau. Im Mittelpunkt des Gesprächs mit Wladimir Putin steht eine mögliche Kooperation auf den zwischen beiden Ländern umstrittenen Südkurilen.
27.04.2017	Generalleutnant Denis Sugrobow, ehemals Leiter der Hauptverwaltung für ökonomische Sicherheit und Bekämpfung der Korruption des Innenministeriums, wird u. a. wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung zu 22 Jahren strenger Lagerhaft verurteilt.
29.04.2017	In etwa 30 Städten finden unter dem Motto »Wir haben es satt« Kundgebungen gegen eine erneute Kandidatur Putins bei der Präsidentschaftswahl 2018 statt. In Moskau demonstrieren 250–500 Personen, in St. Petersburg etwa 300. Landesweit werden mehr als 150 Demonstranten festgenommen. Zu den Protesten hat die Bewegung »Open Russia« von Michail Chodorkowskij aufgerufen.
01.05.2017	Etwa 2,6 Mio. Menschen nehmen in ganz Russland an Demonstrationen zum 1. Mai teil. Allein in Moskau beteiligen sich 1,5 Mio. Menschen an verschiedenen Kundgebungen.
02.05.2017	Im Vorfeld des G20-Gipfels in Hamburg trifft Bundeskanzlerin Angela Merkel Präsident Wladimir Putin in Sotschi. Merkel und Putin erörtern die internationale Lage, die Situation in der Ukraine und das deutsch-russische Verhältnis.
02.05.2017	Die Moskauer Stadtverwaltung veröffentlicht eine Liste von 4.566 Wohnhäusern, die abgerissen werden sollen. Das Vorhaben soll umgesetzt werden, wenn weniger als ein Drittel der Bewohner dagegen stimmt.
03.05.2017	Präsident Wladimir Putin empfängt seinen türkischen Amtskollegen Recep Tayyip Erdoğan in Sotschi. Die beiden Staatshäupter erörtern die Lage in Syrien und die Möglichkeiten einer Stabilisierung dort. Es wird vereinbart, dass die beidseitigen Handelssanktionen aufgehoben werden sollen.
03.05.2017	Das Gebietsgericht Kirow bestätigt die Verurteilung des Oppositionspolitikers Aleksej Nawalnyj wegen Unterschlagung von 16 Mio. Rubel. Damit ist das Urteil rechtskräftig. Nach Auffassung der Zentralen Wahlkommission kann Nawalnyj als Vorbestrafter nicht bei der Präsidentschaftswahl 2018 kandidieren. Nawalnyj kündigt eine Beschwerde vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte in Straßburg an.
04.05.2017	Die Delegationen von Russland, der Türkei und des Iran unterzeichnen in der kasachischen Hauptstadt Astana ein Memorandum über die Schaffung von vier Sicherheitszonen in Syrien.
04.05.2017	Der Konzeptkünstler und politische Aktivist Pjotr Pawlenskij erhält politisches Asyl in Frankreich.
05.05.2017	Russland führt Grenzkontrollen für alle Flugpassagiere ein, die aus Belarus einreisen bzw. dorthin ausreisen.
06.05.2017	Unter dem Motto »Für Russland – gegen Willkür und Repression« demonstrieren in Moskau offiziellen Angaben zufolge etwa 1.000 Menschen. Sie erinnern an die gewaltsame Auflösung des Protests auf dem Bolotnaja-Platz vor fünf Jahren, der sich gegen die Amtseinführung von Präsident Putin gerichtet hatte. Die Demonstration war von den Behörden genehmigt worden.
07.05.2017	Der Fußballklub »Spartak Moskau« gewinnt zum ersten Mal seit 2001 wieder die russische Meisterschaft. Damit erringt der Verein zum zehnten Mal seit 1992 diesen nationalen Titel.
07.05.2017	Der staatliche Energiekonzern »Gazprom« beginnt im Schwarzen Meer mit dem Bau der Gaspipeline »Turk-Stream«. Ab Ende 2019 sollen über diese Pipeline die Türkei und Europa mit russischem Gas versorgt werden.
08.05.2017	In Estland wird ein russischer Staatsangehöriger wegen Spionage zu fünf Jahren Freiheitsentzug verurteilt. Der Mann soll für das russische Verteidigungsministerium Militärobjekte in Estland ausspioniert haben.

09.05.2017	In vielen russischen Städten finden zum »Tag des Sieges« Militärparaden zum Gedenken an den »Großen Vaterländischen Krieg« statt. Bei der zentralen Siegesfeier auf dem Roten Platz in Moskau, an der über 10.000 Wehrdienstleistende teilnehmen, wird traditionsgemäß ein Arsenal russischer Militärtechnik präsentiert. Anschließend nimmt Präsident Wladimir Putin am Gedenkmarsch des »Unsterblichen Regiments« teil, bei dem Menschen die Fotos ihrer Angehörigen, die im Großen Vaterländischen Krieg kämpften, tragen.
10.05.2017	Wladimir Putin unterzeichnet einen Erlass über verstärkte Sicherheitsmaßnahmen während des FIFA-Konföderationen-Pokals 2017 und der Fußballweltmeisterschaft 2018. Dazu zählen strengere Registrierungspflichten bei Reisen in die Austragungsorte für In- wie Ausländer, Alkoholverbote an ausgewiesenen Orten, Zufahrtsbeschränkungen von Bussen in die Austragungsorte sowie Einschränkungen des Demonstrationsrechts. Die Maßnahmen gelten vom 1. Juni bis 12. Juli 2017 sowie vom 25. Mai bis 25. Juli 2018.
10.05.2017	Der russische Außenminister Sergej Lawrow trifft sich in Washington mit seinem US-amerikanischen Amtskollegen Rex Tillerson sowie US-Präsident Donald Trump. Wichtigstes Thema der Gespräche ist die Einrichtung von Sicherheitszonen in Syrien.
11.05.2017	Der ehemalige Generaldirektor des Hightech-Konzerns »Rosnano«, Leonid Melamed, und der ehemalige Finanzdirektor des Unternehmens, Swjatoslaw Ponurow, werden aus dem Hausarrest bzw. der Untersuchungshaft entlassen. Ihnen war vorgeworfen worden, bei »Rosnano« 220 Mio. Rubel unterschlagen zu haben. Die Generalstaatsanwaltschaft bezeichnete die vom Strafermittlungs Komitee beigebrachten Unterlagen als fehlerhaft und forderte eine Überarbeitung.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

VERANSTALTUNG

Was bedeutet uns Russland? Der europäische Deutungszwist über Putins Außenpolitik



Internationale Tagung, 14.–16. Juni 2017, Evangelische Akademie Loccum

Seit dem Ende des Kalten Kriegs waren die Beziehungen zwischen dem Westen und Russland noch nie so angespannt und belastet wie heute. In dieser Lage fällt es Europa schwer, eine gemeinsame Position gegenüber Moskau zu entwickeln. Die Meinungen zu Russlands Außenpolitik variieren erheblich – sowohl innerhalb als auch zwischen den europäischen Staaten. Seit einigen Jahren erleben wir in Deutschland beispielsweise emotional und polemisch geführte Debatten über die Politik Wladimir Putins. In unseren europäischen Nachbarländern gibt es ähnlich impulsive Diskussionen – die aber zum Teil ganz anders gelagert sind. Diese Tagung hat zum Ziel, die »Topografie« der europäischen Russland-Debatten auszuloten – mit all ihren Bruchlinien und gemeinsamen Schnittflächen. Auf welche Weise beeinflusst Putins Außenpolitik kontroverse Debatten? Wie nimmt Moskau Einfluss auf Europa? Was bedeutet Russland für uns Europäer?

<http://www.loccum.de/programm/p1729.html>

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Gwendolyn Sasse (verantwortlich) und Martin Brand

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2017 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>